



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Verabschiedung von Bürgermeistern und Landräten:

Anerkennung und Respekt

Großes Stühlerücken in Bayerns Rathäusern und Landratsämtern: Am 30. April endeten die Amtszeiten der scheidenden Bürgermeister und Landräte, am 1. Mai traten die Nachfolger ihre neuen Jobs an. Einige besonders verdienstvolle und herausragende Persönlichkeiten des kommunalen Lebens wurden von Innenminister Joachim Herrmann und Ministerpräsident Horst Seehofer feierlich verabschiedet.

Nach 37 Jahren ging im Landkreis Dachau eine Ära zu Ende. Innenminister Joachim Herrmann verabschiedete den Dachauer Landrat Hansjörg Christmann in den Ruhestand: „Wer hätte daran gedacht, dass der damals jüngste Landrat in Bayern einmal als der Dienstälteste ausscheiden würde. Hansjörg Christmann ist ein Vollblutpolitiker. Sein Amt verstand er nicht nur als Beruf, sondern als Berufung. Große Anerkennung und Respekt verdienen sein unerlässliches Engagement zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger des heutigen Vorzeigelandkreises. Dafür gebührt ihm der Dank der gesamten bayerischen Staatsregierung“, betonte Herrmann.

Vorzeigelandkreis

Mit großer Leidenschaft habe sich der gelernte Jurist in den Dienst der kommunalen Selbstverwaltung gestellt, so Herrmann. Der Landkreis Dachau sei heute ein zukunftsfähiger Vorzeigelandkreis. Mittlerweile gibt es im Landkreis Dachau vier Realschulen und drei Gymnasien. Prioritäten wurden unter Christmann aber nicht nur beim Schulbau, sondern auch beim Ganztagsangebot gesetzt. Der Landkreis Dachau ist heute ein hervorragender Wirtschaftsstandort. Er zählt bei aktueller Arbeitslosenquote von 2,6 Prozent derzeit zu den 30 wirtschaftsstärksten Landkreisen und Städten Deutschlands. Die Verschuldung des Landkreises ist deutlich unterdurchschnittlich.

Besonderes Augenmerk legte Christmann, der als Präsident auch 16 Jahre lang ehrenamtlich den Bayerischen Sparkassenverband leitete, auf den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. „Bereits 1982 hat der Landkreis Dachau zukunftsweisend sein Bussystem in den Münchner Verkehrs- und Tarifverbund integriert. Das Verkehrsangebot beträgt heute gemessen an Buskilometern 3,3 Millionen Kilometer. Der Landkreis verfügt nicht nur über eine moderne Busflotte, sondern setzt dabei auch auf hohe Umweltstandards“, erklärte der Kom-
munalminister.

Maßstäbe setzte Denzler auch in der Haushaltswirtschaft. Der Landkreis Bamberg führte als dritter bayerischer Landkreis die doppelte kommunale Buchführung ein. Herrmann: „Denzlers besonderem Augenmerk galten auch die regionalen Straßenbauprojekte. Mit großem Engagement setzte er sich u. a. für den Ausbau der A 70 der B 173 und der B 22 ein, ebenso für den Bau der Ortsumgehungen Unterneuses, Memmelsdorf und Treppendorf.“ Groß war sein Einsatz auch bei kommunalen Investitionen in Schulen, insbesondere beim Aus-



Ministerpräsident Horst Seehofer überreicht Hans Schaidinger den bayerischen Porzellanlöwen. Bild: Stadt Regensburg, Peter Ferstl

hielt 2005 die Auszeichnung der Bayerischen Staatsregierung für familienfreundliche Verwaltung.

Großer Einsatz

Maßstäbe setzte Denzler auch in der Haushaltswirtschaft. Der Landkreis Bamberg führte als dritter bayerischer Landkreis die doppelte kommunale Buchführung ein. Herrmann: „Denzlers besonderem Augenmerk galten auch die regionalen Straßenbauprojekte. Mit großem Engagement setzte er sich u. a. für den Ausbau der A 70 der B 173 und der B 22 ein, ebenso für den Bau der Ortsumgehungen Unterneuses, Memmelsdorf und Treppendorf.“ Groß war sein Einsatz auch bei kommunalen Investitionen in Schulen, insbesondere beim Aus-

bau von Ganztagsangeboten. Seit 2003 ist Denzler Bezirksratspräsident von Oberfranken und seit 2005 stellvertretender Ratsvorsitzender der europäischen Metropolregion Nürnberg.

Zwölf Jahre lenkte Herrmann Steinmaßl die Geschicke des Landkreises Traunstein. Im Rahmen seiner Verabschiedung in den Ruhestand zeichnete ihn Minister Herrmann mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber aus.

Vor seiner Wahl zum Landrat war der Ingenieur und frühere Landtagsabgeordnete fast ein Vierteljahrhundert lang Mitglied des Gemeinderats von Fridolfing und Kreisrat im Landkreis Traunstein. „Eine bestmögliche und leistungsstarke Versorgung mit Krankenhausleistungen im Land- (Fortsetzung auf Seite 4)

Kommunalwerkstatt des Bayerischen Gemeindetags:

Klartext in Bad Wiessee

44. Fachtagung für Führungskräfte der Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft

Vier Tage lang standen in Bad Wiessee auch heuer Fachleute aus Ministerien, Ämtern und der privaten Wirtschaft zu aktuellen technischen, rechtlichen und organisatorischen Fragen der Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft Rede und Antwort. Veranstaltet wurde die Fachtagung für Führungskräfte von der Service GmbH des Bayerischen Gemeindetags für Kommunen (ipse).

Erneut wurde ein hochkarätig besetztes Vortragsprogramm zusammengestellt. Auf der Tagesordnung standen unter anderem personelle und organisatorische Anforderungen an Wasserversorger, die Änderung des Kommunalabgabengesetzes 2014, kritische Infrastrukturen, Kosten der Löschwasserversorgung und Straßentwässerung, Energiemanagement nach EN ISO 50001 sowie interkommunale Zusammenarbeit.

Wasserwirtschaft

Erwartungen des Verbandes kommunaler Unternehmen an die Bundesregierung zeigte Gunnar

Braun, VKU-Geschäftsführer (Landesgruppe Bayern) auf. Mit Blick auf das Freihandelsabkommen EU–USA (TTIP), das derzeit von der Europäischen Kommission verhandelt wird, betonte Braun, dass die Regelungen wesentliche Fragen der kommunalen Wasserwirtschaft betreffen können. Das bei der Dienstleistungskonzessionsrichtlinie Erreichte dürfe durch das Freihandelsabkommen nicht unterlaufen werden. Eine Ausnahmeregelung von Liberalisierungsverpflichtungen des TTIP wäre für die kommunale Wasserwirtschaft die beste Lösung.

Beim Thema Fracking stellt der VKU folgende klare Forderungen: 1. Vorrang des Schutzes der Trinkwasserversorgung und deren genutzter Ressourcen vor der Erschließung unkonventioneller Bo- (Fortsetzung auf Seite 4)

Kleiner CSU-Parteitag in Nürnberg:

Europaplan einstimmig verabschiedet

„Wir kämpfen für ein maximal starkes Bayern in Europa. Wir sind überzeugte Europäer - und gerade deshalb sind wir für ein besseres Europa“, stellte CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer auf dem kleinen CSU-Parteitag in Nürnberg klar. Im Mittelpunkt stand die Verabschiedung des Europaplans, mit dessen Inhalten die CSU goldrichtig liege, so Parteichef Horst Seehofer.

„Brüssel muss die kommunale Selbstverwaltung achten“, lautet eine der Forderungen. „Ein zentralistischer Durchgriff europäischer Apparate auf Bayern und unsere Kommunen ist mit unserem föderalen und freiheitlichen Selbstverständnis nicht vereinbar.“ Die Daseinsvorsorge müsse auch weiterhin in der Hand der Kommunen bleiben. Alles, was die Menschen vor Ort angeht – vom Nahverkehr bis zum Trinkwasser – solle vor europäischen Eingriffen geschützt werden.

Darüber hinaus will die CSU den Ausschuss der Regionen stärken. Diese Vertretung der Regionen auf europäischer Ebene sei auf bayerische Initiative hin geschaffen worden. „Wir wollen, dass die starken und aktiven Regionen in diesem Gremium mehr Gewicht erhalten, und streben eine Aufstockung der bayerischen Mandate an. Der Ausschuss der Regionen soll künftig dagegen einschreiten können, wenn EU-Organe gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen.“

„Wir sind für das Freihandels-

abkommen der EU mit den USA“, lautet ein weiterer Standpunkt. Damit entstehe ein neues Schwergewicht in der Weltwirtschaft und ein neuer Impulsgeber für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Das Export-Land Bayern werde davon besonders profitieren. „Wir wollen Verhandlungen auf Augenhöhe, mit beiderseitigem Respekt und in größtmöglicher Transparenz. Der offene Dialog über den Verhandlungsverlauf durch die EU muss deutlich intensiver werden. Wir sind für mehr Information der Bevölkerung und für mehr Beteiligung der nationalen Parlamente.“

Regionalförderung

„Wir wollen eine unbürokratische Regionalförderung. Wir setzen uns weiter für eine wirksame Begrenzung des Fördergefälles an den Grenzen zu unseren Nachbarstaaten ein“, lautet eine weitere Forderung im Europaplan. Zudem soll für überschuldete Staaten (Fortsetzung auf Seite 4)

Hohes Schutzniveau

In diesem Zusammenhang weist die CSU allerdings darauf hin, „dass unsere hohen europäischen Schutzniveaus nicht verhandelbar sind“. Im Umwelt-, Verbraucher-, Tier-, Gesundheits-, Daten- und Arbeitnehmerschutz dürfe es keine Absenkung der bewährten und hohen Schutzstan-

dards durch das Freihandelsabkommen geben. „Eine Lockerung unserer strikten Regeln etwa gegen Gentechnik oder gegen Hormonfleisch kommt nicht in Frage. Die kommunale Daseinsvorsorge muss auch im Freihandelsabkommen geschützt bleiben. Unser bayerisches Trinkwasser ist kein Fall für Brüssel und erst recht kein Fall für Amerika.“

Regionalförderung

„Wir wollen eine unbürokratische Regionalförderung. Wir setzen uns weiter für eine wirksame Begrenzung des Fördergefälles an den Grenzen zu unseren Nachbarstaaten ein“, lautet eine weitere Forderung im Europaplan. Zudem soll für überschuldete Staaten (Fortsetzung auf Seite 4)

Sie lesen in dieser Ausgabe

| | |
|--|----------|
| Datenreport: Soziale Lage in Bayern 2013 | Seite 2 |
| Digitalisierung: Bayern soll Vorreiter sein | 2 |
| GZ-Kolumne Alois Rainer: Bundespolitik zum Wohle der Kommunen | 3 |
| Führungswechsel bei der Hanns-Seidel-Stiftung | 3 |
| GZ-Fachthemen: | |
| Abfall | 5-6 |
| Kommunale Verkehrsthemen · ÖPNV | 7 |
| Umwelt | 8 |
| Beleuchtung | 9 |
| Aus den bayerischen Kommunen | 10-12 |



Englisch ist heute die weltumspannende Sprache, die Menschen verbindet. Trotzdem sollten wir uns den Blick und vor allem das Gefühl dafür bewahren, dass die jeweilige Volkssprache auch ein Stück Gemeinschaft und Gemeinsamkeit stiftet, meint die Vorzimmerperle. Seite 11

Power für Bayerns Kommunen:
GZ lädt zum Energie-Forum
Mehr Wissen setzt Energie frei. Am 26. Juni 2014 ist es wieder soweit: Die Bayerische GemeindeZeitung lädt wie jedes Jahr zum großen Energie-Info-Tag für alle kommunalen Entscheider in Bayern. Im Garchingener Bürgerhaus treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Bitte merken Sie den Termin schon heute vor.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

„Stirbt die Dorfwirtschaft, stirbt der Ort!“

CSU-Fraktion macht sich für Erhalt stark

„Das Wirtshaus mit seiner Tradition und gesellschaftlichen Bedeutung ist aus Bayern nicht wegzudenken. Es ist ein fester Bestandteil unserer gelebten bayerischen Kultur und prägt die Identität und das Zusammenleben in unseren Gemeinden. Deshalb fordert der Wirtschaftsausschuss auf Initiative der CSU-Fraktion die Staatsregierung auf, zu überprüfen, wie dem ‚Wirtshaussterben‘ effektiv entgegengewirkt werden kann“, erklärte Ulrike Scharf, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie im Bayerischen Landtag.

„Gastwirte können mit neuen Konzepten und kreativen Ideen selbst einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt unserer Wirtshäuser leisten“, so Scharf, die selbst mittelständische Unternehmerin ist. Bestärkt sehen sich die CSU-Abgeordneten durch den Betriebsvergleich des Deutschen Wirtschaftswissenschaftli-

chen Instituts für Fremdenverkehr und die Studie „Genuss mit Geschichte? Die Wirtshauskultur in Bayern im Wandel“ und den darin aufgezeigten best-practice-Beispielen.

Rahmenbedingungen

Anhand dieser Erfahrungen

zeige sich, dass es auch eine unternehmerische Aufgabe des jeweiligen Wirtes sei, für den Fortbestand des eigenen Betriebes zu sorgen. „Gleichzeitig müssen wir von politischer Seite aber weiterhin die richtigen Rahmenbedingungen sicherstellen“, ergänzte Klaus Stöttner, tourismuspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion.

Bürokratieabbau

Der von der CSU initiierte Antrag zielt daher auch darauf ab, die Bürokratie für Dorfwirtschaften spürbar abzubauen. „Damit Dorfwirtschaften erhalten bleiben und sich deren Betrieb für Besitzer oder Pächter wieder lohnt, müssen die Vorschriften und der bürokratische Aufwand spürbar reduziert werden“, so Stöttner weiter.

Die Ergebnisse der Studie müssten auch dahingehend geprüft werden, ob einzelne Maßnahmen zur Unterstützung der Dorfwirtschaften im Rahmen der Städtebauförderung oder Dorferneuerung umgesetzt werden können. □

Digitalisierung:

Bayern soll Vorreiter der digitalen Entwicklung sein

Großraum München europäisches Spitzenzentrum vor London und Paris

Bayern muss in der digitalen Welt die Marktlücken finden, in denen es eine globale Spitzenposition besetzen kann. Diese Forderung haben Thomas Kreuzer, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, und Markus Blume, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Digitalisierung und Medien seiner Fraktion, erhoben. „Bayern soll auch im digitalen Zeitalter ein führender Innovations- und Produktionsstandort bleiben. Dafür müssen wir die neuen digitalen Möglichkeiten gezielt in den Bereichen gewinnbringend nutzen, in denen Bayern bereits heute führend ist oder in Zukunft werden kann“, so Kreuzer.

Blume unterstrich die Bedeutung einer Digitalisierungsoffensive für Bayern. „Die CSU-Fraktion hält den heutigen IT-Gipfel der Bayerischen Staatsregierung für sehr wichtig.“ Deshalb hat die CSU-Fraktion mit Dr. Bernhard Rohleder, dem Hauptgeschäftsführer des Verbandes der IT-, Telekommunikations- und Neuen Medien-Branche BITKOM e.V., über die Chancen und Herausforderungen der digitalen Revolution gesprochen.

Rohleder lobte die Bayern, denn kein anderes Bundesland sei bei der Digitalisierung konzeptionell so gut aufgestellt wie Bayern. Die CSU-Fraktion sei Vorreiterin beim Innovationsthema Digitalisierung. „Mit unserer Klausurtagung unter dem Motto ‚Bayern 3.0‘ haben wir bereits 2012 in Kloster Banz die Digitalisierung auf die landespolitische Agenda gesetzt. Die Fraktion wird in den kommenden Wochen gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung eine Digitalisierungsoffensive erarbeiten, deren erste Schritte auch schon im Doppelhaushalt 2015/2016 Wirklichkeit werden“, betonte Kreuzer.

Besonders freute Blume, dass Bayern bei der bevorstehenden politischen Kraftanstrengung auf erste Erfolge aufbauen könne, wie jetzt eine neue Studie bestätigt: „Der neuesten EU-Kommissionsstudie zufolge ist München der europäische IT-Leuchtturm. Mit 100 von 100 möglichen Punkten erreichte München den ersten Platz, vor London und Paris.“ Die Studie bewertete die Regionen unter anderem mit Blick auf Forschung und Entwicklung, Internationalisierung und regionale Vernetzung. München als führende Region für die Informations- und Kommunikationstechnologie zeichnet sich durch hochkarätige Bildungs- und Forschungseinrichtungen, eine langfristige Forschungs- und Innovationspolitik mitsamt einer Ausgründungskultur und eine seit langem etablierte Industriestruktur aus. „Das europäische ‚Silicon Valley‘ liegt eindeutig im bayerischen Isartal“, so Blume abschließend. □

Sicherheit in Deutschland stärken

Innenexperten der CDU/CSU-Fraktionen verabschieden gemeinsame Erklärung

„Extremisten dürfen sich auf keinen Fall in der Mitte der Gesellschaft breit machen“, erklärte Manfred Ländner, der stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreises für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, am Rande der Konferenz der innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern in Erfurt.

Gerade in Bayern, seit Jahren das sicherste Land im Vergleich aller Bundesländer, müsse der seit jeher hohe Sicherheitsstandard erhalten bleiben. Diesen hohen Standard habe man vor allem der hervorragenden Arbeit der Polizei zu verdanken.

Um den Schutz der Menschen in Deutschland zu stärken, haben die innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der sie in drei zentralen Punkten Vorschläge dazu machen.

So fordern die Sprecher, dass es Links- und Rechtsextremisten, die bereits auffällig geworden sind, mit allen rechtsstaatlichen Möglichkeiten erschwert werden müsse, sich in öffentliche Ämter wählen zu lassen. „Wer gegen die demokratische Grundordnung eintritt, darf in keinem Falle die Geschicke unserer Kommunen mitgestalten dürfen“, erklärte Ländner den Vorschlag der Konferenz. Weitere Punkte der Er-

klärung sind die Forderung nach einer bundesweiten Gesetzesgrundlage zur Vorratsdatenspeicherung und die Abschaffung des Richtervorbehalts bei der Blutentnahme von mutmaßlichen Alkoholsündern im Straßenverkehr. „Bayerns Polizisten können sehr wohl selbst entscheiden, wann eine Blutentnahme von Nöten ist“, begründete Ländner die Initiative der Sprecher. □

Der Bayerische Landkreistag mit neuem Internetauftritt

Mit Beginn der neuen Kommunalwahlperiode am 1. Mai 2014 startete der Bayerische Landkreistag seinen Internetauftritt unter www.bay-landkreistag.de neu. Die Internetseite bietet ein neues Design, verbesserte Funktionen und trägt durch eine intuitive Benutzerverführung dazu bei, dass Inhalte noch schneller aufgefunden werden können.

Am deutlichsten kommen diese Änderungen auf der Startseite zum Ausdruck. Im oberen Bereich informiert eine animierte Galerie über wichtige Themen des Bayerischen Landkreistags. Darüber hinaus wird auf aktuelle Mitteilungen (insbesondere Pressemitteilungen) und kommende Termine hingewiesen. Diese können auch als sog. RSS-News abonniert werden. Die neue interaktive Landkreiskarte informiert

Neuer Datenreport:

Soziale Lage in Bayern 2013

Der vom Bayerischen Sozialministerium veröffentlichte Datenreport „Soziale Lage in Bayern 2013“ wartet mit überzeugenden Eckdaten wie hoher Wohlstand, beste Teilhabechancen und eine herausragende Arbeitsmarktsituation auf. Bayerns Sozialministerin Emilia Müller bezeichnete den Sozialbericht als „großartigen Erfolg für gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern“.

Wirtschaftliche Stärke und soziale Teilhabegerechtigkeit gingen wie in keinem anderen Bundesland Hand in Hand. „Auf diesem Weg wollen wir auch in Zukunft weitergehen“, betonte die Ministerin. Bei all den guten Zahlen gelte es jedoch diejenigen Gruppen im Blick zu behalten, denen es trotz der guten Lage in Bayern besser gehen könnte. „Ich bin zuversichtlich, dass wir die Armutsgefährdung älterer Menschen, von besonders Frauen betroffen sind, auch durch die ‚Mütterrente zielgenau bekämpfen““, erklärte Müller.

Bundesweit Spitze

So genießen Bayerns Bürger den höchsten Wohlstand aller Bundesländer: Das mittlere Wohlstandsniveau liegt sechs Prozent über dem gesamtdeutschen Schnitt. Mit 22.100 Euro im Jahr haben Bayerns Einwohner das höchste Durchschnittseinkommen (bundesweit: 19.900 Euro).

Auch verfügen die Privathaushalte im Freistaat über ein hohes Privatvermögen, d. h. ein durchschnittliches Nettogesamtvermögen - einschließlich Immobilien - von 71.200 Euro (aktuellste Daten für das Jahr 2008). Zum Vergleich: Im früheren Bundesgebiet beträgt das Privatvermögen 39.800 Euro, in Deutschland insgesamt 32.000 Euro. Das bedeutet für viele Menschen auch eine überdurchschnittliche Alterssicherung in Bayern im Vergleich zu Westdeutschland.

Die Zahl der von Armut bedrohten Menschen konnte leicht verringert werden und lag im Jahr 2012 mit 11,2 Prozent um 0,2 Prozentpunkte unter dem Wert von 2005, während sie bundesweit im gleichen Zeitraum von 14,7 Prozent auf 15,2 Prozent gestiegen ist.

Ein Hauptgrund für diese Entwicklung ist die gute Arbeitsmarktsituation in Bayern: Die Erwerbstätigenquote war in Bayern mit rund 76,2 % die höchste unter den Bundesländern (Deutschland: 72,6 %, jeweils 2012). Die Erwerbstätigenquote der Frauen in Bayern erhöhte sich allein im

Zeitraum 2000 bis 2012 von 62,3 % auf 70,8 %, bei den Männern kam es zu einem Anstieg von 78,5 % im Jahre 2000 auf 81,6 %. Auch die Erwerbstätigenquote der 55- bis unter 65-Jährigen war in Bayern mit 63,4 % höher als im Bundesgebiet (61,2 %) und erheblich höher als die durchschnittliche Quote von 48,9 % in der Europäischen Union.

Wohlstandsverteilung

Davon profitieren laut Sozialreport beispielsweise auch Menschen mit Migrationshintergrund, deren Erwerbstätigenquote in Bayern mit 70,9 Prozent deutlich über dem westdeutschen Schnitt (64,9 Prozent) liegt. Der Wohlstand ist dabei gleichmäßig über alle bayerischen Regierungsbezirke verteilt. So beträgt die Spanne beim mittleren Wohlstandsniveau zwischen den Regierungsbezirken nur maximal drei Prozentpunkte.

Von Überschuldung betroffen waren in Bayern 2012 lediglich 7,0 % aller Privatpersonen, während die Quote bundesweit bei 9,6 % lag.

In Bayern leben die meisten Menschen (53 %) in Familien. Neben Baden-Württemberg ist dies der höchste Wert im Bundesvergleich. Die Bevölkerungsstruktur verändert sich dennoch: Auch in Bayern gibt es immer weniger Haushalte mit Kindern und immer mehr Einpersonenhaushalte und Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder. Mit einem Anteil von 40,3 % ist der am meisten verbreitete Haushaltstyp der Einpersonenhaushalt, gefolgt von den Mehrperson-

haushalten ohne Kinder (Anteil 32,1 %). In 27,6 % der Haushalte lebten Kinder.

Bevölkerungswachstum

Die demografischen Herausforderungen liegen für Bayern bei den alters- und regionenbezogenen Veränderungen. Während der letzten 10 Jahre hatte Bayern (nach dem Stadtstaat Hamburg) mit 2,2 % das stärkste Bevölkerungswachstum aller Bundesländer. Die Gesamtbevölkerung steigt voraussichtlich auf 12,69 Mio. Einwohner in 2021 und beginnt danach langsam bis 2031 auf rund 12,61 Mio. Einwohner zu sinken.

Zum 1. März 2013 haben die Eltern von rund 80.000 Kindern unter 3 Jahren im Freistaat eine Betreuung in Kindertageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege in Anspruch genommen. Der Anteil der Kinder in dieser Altersgruppe entsprach 24,8 % mit einer regionalen Spannweite von 11,3 bis 40 % (bundesweit 29,3 % wegen sehr hoher Quoten in Ostdeutschland). Im Zeitraum 2006 bis 2013 hat sich die Quote in Bayern verdreifacht - mit weiterhin steigender Tendenz.

Jeder siebte Asylbewerber kommt nach Bayern

Etwa jeder siebte Asylbewerber (ca. 15 %), der im Jahr 2011 in der Bundesrepublik Asyl beantragte, wurde in einer Aufnahmeeinrichtung in Bayern untergebracht. Bayern gab im Jahr 2011 etwa 113,5 Mio. Euro für Asylbewerber und weitere Leistungsberichtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz aus. Die Ausgabenquote lag bei 12,5 % und damit wesentlich unter der Aufnahmequote von 15 % (ähnlich z.B. in Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz). DK

„Ludwig der Bayer. Wir sind Kaiser!“

Bayerische Sparkassenstiftung fördert erneut eine Bayerische Landesausstellung

Mit 100.000 Euro fördern die Sparkasse Regensburg und alle weiteren oberpfälzischen Sparkassen gemeinsam mit der Bayerischen Sparkassenstiftung neuartige Vermittlungsformen für kulturelle Inhalte. Dreidimensionale Projektionen, die ohne Spezialbrille räumlich sichtbar sind, stellen dem Publikum anlässlich der Landesausstellung 2014 den ersten Wittelsbacher auf dem Kaiserthron vor. Die Technologie wird weltweit erstmals im musealen Bereich eingesetzt. Ab 16. Mai 2014 ist sie in der St. Ulrich Kirche am Regensburger Dom zu sehen und wird später Bestandteil des Museums der Bayerischen Geschichte werden. Wie die 3D-Technik funktioniert erläutert ein Film auf der Facebook-Seite der Bayerischen Sparkassenstiftung (www.facebook.com/BaySpaSt).

Gemeinsam mit den Förderpartnern will die Sparkassenstiftung so Geschichte lebendiger erzählen und gleichzeitig mit einem beeindruckenden Museumserlebnis aufzeigen, inwiefern uns die Vergangenheit auch heute noch betrifft. Geld ist dabei zwar eine notwendige, keinesfalls aber eine hinreichende Bedingung für den Projekterfolg.

Weitreichendes Engagement

Gerade deshalb engagiert sich die Bayerische Sparkassenstiftung weit über die Ausreichung von Projektmitteln hinaus für die Vorhaben ihrer Förderpartner. Dieses weitreichende Engagement betrachtet die Stiftung als wesentlich für die Zukunft, den Zusammenhalt und die Lebensqualität in unserer Gesellschaft. Denn wir entwickeln uns auch heute auf dem historisch gewachsenen Fundament bayerischer und europäischer Kultur. Das Schicksal Ludwig des Bayerns

und der Stadt Regensburg sind eindrucksvolle Beispiele dafür.

Eigene Vorschläge

Nicht immer wartet die Bayerische Sparkassenstiftung darauf, dass ihr ein interessantes Projekt vorgestellt wird. Immer wieder unterbreitet sie kompetenten Förderpartnern eigene Vorschläge. Ein Beispiel hierfür ist die Smartphone-Applikation Mainlimes Mobil, die bei Aktivierung vor Ort auf die Reste der Bodendenkmäler des römischen Grenzwall entlang des Mains hinweist und Informationen dazu liefert.

„Grenzgeschichten“

Bei dem am 21. Mai 2014 in Passau startenden Projekt „Grenzgeschichten“ ist die Bayerische Sparkassenstiftung gemeinsam mit der Stiftung Zuhören Projektträger. Sparkassen aus der Oberpfalz und Niederbayern gehören hier ebenfalls zu den Förderern. □

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Albin Steiner
85120 Hepberg
am 24.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Anton Drexler
94344 Wiesenfelden
am 19.5.

Bürgermeister Kurt Back
97724 Burglauer
am 20.5.

Bürgermeister
Wunibald Koppenhofer
85116 Egweil
am 25.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erwin Seiler
86753 Möttingen
am 26.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Henninger
91607 Flachslanden
am 22.5.

Bürgermeister Werner Langhans
90530 Wendelstein
am 25.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Zita Baur
97778 Fellen
am 19.5.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Tag der Kommunalwirtschaft 2014:

Garant der Daseinsvorsorge

Zum zweiten Mal nach der erfolgreichen Premiere 2012 in Filderstadt fand auf Initiative der kommunalen Spitzenverbände Deutschlands und des Verbandes kommunaler Unternehmen e.V. der Tag der Kommunalwirtschaft statt, dieses Mal in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover. Sein Motto: „Gemeinsam. Nachhaltig. Leben – Wachstum durch Wertschöpfung vor Ort“. Mehr als 300 Teilnehmer aus Städten, Gemeinden und Kreisen sowie aus Ministerien und kommunalen Unternehmen wohnten der Veranstaltung bei.

„Überall in Deutschland stehen die Kommunen vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen. Gleichzeitig droht das enge Finanzkorsett ihrer Haushalte den Bewegungsspielraum mehr und mehr einzuschränken. Umso wichtiger sind verlässliche kommunalwirtschaftliche Unternehmen, die initiativ und selbstverantwortlich unter der Steuerung durch ihre kommunalen Träger die Aufgaben der Daseinsvorsorge in unseren Städten und Gemeinden wahrnehmen“, machte Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil in einem Grußwort deutlich.

Verantwortung

Eine besondere Verantwortung liegt hier aus seiner Sicht darin, zu einem innovativen Umgang mit Energie zu gelangen. Die Energieversorgung werde zukünftig nahezu vollständig von erneuerbaren Energien gedeckt werden. Und mit intelligenten Stromnetzen werde es möglich sein, diese auch effizient zu nutzen. Diese Veränderungen brächten auch Chancen für die kommunale Wirtschaft mit sich, erklärte Weil.

In insgesamt acht Strategieforen konnten sich Verantwortliche der kommunalen Wirtschaft ressortü-

bergreifend mit knapp 50 Referenten aus der Kommunalpolitik und -wirtschaft, der Europa-, Bundes- und Landespolitik, der Wissenschaft, den Gewerkschaften und der Privatwirtschaft über die relevanten Zukunftsthemen informieren und austauschen. Der Fokus lag hierbei unter anderem auf den Themen „Kommunalwirtschaft – Wachstum durch Wertschöpfung vor Ort“, „Die Energiewende – Herausforderung und Chance für Städte und Stadtwerke“, „Personalwirtschaftliche Folgen des demographischen Wandels – Strategien zur Gewinnung von Fach- und Führungskräften für Kommunen und kommunale Unternehmen“, „Wachsende und schrumpfende Kommunen – Infrastrukturen anpassen“, „Die kommunale Abfallwirtschaft als Akteur der lokalen Kreislaufwirtschaft“, „Zukünftige Strukturen der Wasserwirtschaft“, „E-Mobility in Deutschland“ sowie „Rechte und Pflichten von Aufsichtsräten“.

Wie können Städte, Gemeinden und Kreise die Energiewende mit den kommunalen Unternehmen aktiv gestalten und den effizienten Umgang mit Energie weiter vorantreiben? Diese Fragen bestimmten eine Gesprächsrunde mit Ministerpräsident Weil und den Präsidenten bzw. Vizepräsidenten der kommunalen

Spitzenverbände und des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU).

„Die Veränderungen in der Energiewirtschaft sind für die kommunalen Unternehmen und ihre Träger, die Städte, Gemeinden und Kreise eine ebenso große Herausforderung wie auch eine Chance“, hoben dabei Dr. Ulrich Maly, Präsident Deutscher Städtetag, Bernhard Reuter, Vizepräsident Deutscher Landkreistag, Roland Schäfer, Vizepräsident Deutscher Städte- und Gemeindebund, sowie Ivo Gönner, Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) hervor. Die Energieversorgung werde künftig deutlich mehr auf dezentralen Strukturen beruhen. Deshalb seien Kommunen und Stadtwerke der geborene Partner für eine dezentrale Energieversorgung der Zukunft.

Verlässlichkeit

Die Diskutanten wiesen allerdings darauf hin, dass die Kommunen sowie ihre Stadtwerke dafür auch Verlässlichkeit bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen benötigen: „Nach der EEG-Reform brauchen wir rasch den nächsten Schritt für ein neues Energiemarktdesign, insbesondere den Einstieg in einen Kapazitäts- oder Leistungsmarkt und eine Veränderung der Anreizregulierung für mehr und schnellere Investitionen für ein intelligentes Verteilnetz.“ Nur durch einen Kapazitätsmarkt sei mittelfristig eine sichere, nachhaltige und bezahlbare Energieversorgung zu gewährleisten. **DK**

Hanns-Seidel-Stiftung zukunfts-fähig gestaltet

Der scheidende Vorsitzende Hans Zehetmair bilanziert Amtsperiode 2004 bis 2014

Ursula Männle, frühere bayerische Staatsministerin für Bundesangelegenheiten, ist die neue Vorsitzende der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung. Der bisherige Amtsinhaber, Staatsminister a.D. Hans Zehetmair, hat sein Amt nach zehn Jahren zur Verfügung gestellt. Die Mitgliederversammlung wählte am vergangenen Montag in München den gesamten Stiftungsvorstand für die Dauer von vier Jahren neu.

„Für mich geht ein Traum in Erfüllung“, erklärte die neu gewählte Vorsitzende und kündigte als weitere inhaltliche Akzente „die Mitwirkung an der Neujustierung der Rolle Europas und Deutschlands infolge der internationalen Konflikte, die Auswirkungen der zunehmenden Individualisierung auf die Gesellschaft und die Fragen der Verantwortung für die nachfolgenden Generationen“ an.

Weltweit im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung

Hans Zehetmair konnte am 1. März 2004 von Vorgänger Alfred Bayer eine gut aufgestellte politische Stiftung als Vorsitzender übernehmen und diese kontinuierlich in Leistung und Renommee ausbauen. Die Hanns-Seidel-Stiftung gilt heute als eine Einrichtung mit national sowie international gutem Ruf, die in über 60 Ländern weltweit im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung tätig ist.

Mehr Profilbildung hatte Hans Zehetmair bei Amtsantritt versprochen und diesen Ansatz so gleich in drei thematischen Leitlinien formuliert: Die Bedeutung von Wertorientierungen in unserer Zeit, das Verhältnis von Bürgern und Staat sowie das Spannungsfeld von Globalisierung und Regionalisierung. Diese Leitlinien als Fundament waren Rahmen für die nachhaltige Ge-

schlossen (z.B. Werte- und Religionsdialog).

Steigende Teilnehmerzahlen

Ob Kreuther Föderalismusstage, das jährlich festgelegte Schwerpunktthema (2014: Europa) oder der überaus erfolgreiche Schülerzeitungspreis DIE RAUTE – die Innovationen der vergangenen Jahre tragen Früchte, die sich in steigenden Teilnehmerzahlen messen lassen (weltweit 6.129 Veranstaltungseinheiten mit 259.776 Teilnehmern in 2013).

Die Bildungszentren in Wildbad Kreuth und Kloster Banz sowie das Konferenzzentrum am Stiftungssitz in München gelten



Die Hanns-Seidel-Stiftung weiterhin in guten Händen: Ministerpräsident Horst Seehofer gratulierte der neuen Vorsitzenden Ursula Männle.



Kolumne Alois Rainer

Liebe Leserinnen und Leser,

Entscheidungen, die in Berlin getroffen werden, erscheinen auf den ersten Blick oft „weit weg“. Doch sie betreffen vielfach auch direkt die Kommunen vor Ort. Natürlich ist es die Kommunalpolitik, die die Weichen für die Gemeinden stellt. Doch viele richtungweisende Gesetze und Richtlinien werden im Deutschen Bundestag in Berlin getroffen. So zum Beispiel in der Finanz- und Haushaltspolitik. Daher ist eine Zusammenarbeit zwischen Kommunen und den gewählten Vertretern in Berlin notwendig und wichtig. Denn nur so ist es möglich, gemeinsame Interessen richtig zu positionieren und an den entsprechenden Stellen zu platzieren.



die Kosten für die Sozialausgaben gesenkt werden.

Natürlich gibt es auch hoch verschuldete Kommunen. Laut Grundgesetz müssen die Länder und der Bund ihren Kommunen genügend Finanzmittel zur Verfügung stellen, damit diese ihre Aufgaben erfüllen können. Die Gelder müssen unverzüglich an die Gemeinden weitergegeben werden. Nicht immer ist das in der Vergangenheit passiert. Das muss dringend geändert werden.

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren viel getan, um die Gemeinden zu entlasten. Seit diesem Jahr trägt der Bund die Kosten für die Altersgrundsicherung komplett, was eine Entlastung von rund 5 Milliarden Euro für die Kommunen bedeutet. Außerdem unterstützt der Bund, dass Betreuungsplätze für unter Dreijährige geschaffen werden können. Investiert wurden hier rund 5,5 Milliarden Euro. Bedürftige Kinder erhalten ein Bildungspaket mit Inhalten, für die sonst die Kommunen zuständig sind. Außerdem kommt der Bund für 28,2 Prozent der anfallenden Wohnkosten von Hartz IV-Empfängern auf.

Als Haushaltspolitiker bin ich für den Etat des Bundesfamilienministeriums verantwortlich. In dieser Funktion ist es mir gelungen, den drohenden Einstellungsstopp beim Bundesfreiwilligendienst zu verhindern. So konnte zum einen jungen Freiwilligen eine Zusage erteilt werden und zum anderen haben wir damit die Gemeinden vor großen Schwierigkeiten bewahren können.

Auch im neuen Koalitionsvertrag sind zahlreiche Entlastungen für Kommunen enthalten. So stützt der Bund die Gemeinden, indem er Aufgaben zur Eingliederung von Menschen mit Behinderungen übernimmt. Durch das Bundesteilhabegesetz werden hier rund 5 Milliarden Euro vom Bund übernommen – sonst hätten die Gemeinden dafür aufkommen müssen. Außerdem wird mit 6 Milliarden Euro kräftig in Bildung investiert.

Zusätzlich werden Mittel in Höhe von 600 Millionen Euro zur Förderung des Städtebaus bereitgestellt. Wichtig ist, dass der Bund seinen Beitrag leistet, wenn Gemeinden Aufgaben übernehmen, die eigentlich Sache des Bundes wären. Dafür setze ich mich als Mitglied des Haushaltsausschusses mit ganzer Kraft ein. Und so ist es mir gerade als ehemaliger Bürgermeister und Kommunalpolitiker ein besonderes Anliegen, dass Bundespolitik und Kommunalpolitik gemeinsam an den Stellschrauben drehen, um so das Beste für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort in unseren Gemeinden zu erzielen.

Ihr Alois Rainer, MdB

Bundespolitik zum Wohle der Kommunen

Nach der größten Wirtschaftskrise des vergangenen Jahrhunderts hat sich die Wirtschafts- und Finanzpolitik positiv entwickelt. Dazu trug nicht zuletzt eine Neuausrichtung der Bundesregierung bei. In den Jahren der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise legte sie ein milliardenschweres Konjunkturprogramm auf. So kam es, dass viele Gemeinden und Landkreise in den vergangenen Jahren sogar investieren konnten.

Die Bundesregierung förderte die Sanierung öffentlicher Gebäude zur Energieeinsparung, gerade bei Kitas und Schulen. Dies kurbelte auch die Konjunktur vor Ort an und war gut für das Handwerk. Seit dem Jahr 2011 wachsen dank der Konjunkturmaßnahmen der Bundesregierung die Einnahmen der Landkreise und Kommunen wieder. So kam es, dass vor zwei Jahren die Kommunen bundesweit erstmals nach Beginn der Wirtschaftskrise wieder mehr Einnahmen als Ausgaben hatten. Im Vorjahr wurde ein Überschuss von 3,5 Milliarden Euro erzielt. Deutschland ist somit aus den roten Zahlen gelangt.

Wichtig ist es, diese Entwicklung zu stabilisieren. Es muss das Ziel der Bundesregierung sein, die Kommunen darin zu unterstützen, dass diese in Deutschland ihre vielfältigen Aufgaben auch in Zukunft ohne Probleme erfüllen können. Auch die Wirtschaft muss gestärkt werden, denn sie kurbelt die Steuereinnahmen an. Außerdem müssen die Arbeitslosenquoten niedrig gehalten werden, damit

als Leuchttürme der politischen Bildungsarbeit in Deutschland, erfreuen sich gleichzeitig in der externen Vermarktung großer Beliebtheit.

Neues Büro in Berlin-Mitte

Eine grundsätzliche Neuausrichtung der Stiftungsaktivitäten in der Bundeshauptstadt konnte dort 2006 mit einem neuen Büro in Berlin-Mitte eingeleitet werden.

Das Interesse am Know-how der Hanns-Seidel-Stiftung bewegt sich auf hohem Niveau. Das belegen zum einen renommierte Kooperationspartner, zu denen die Bayerische Akademie der Wissenschaften, die Georgetown University Washington D.C., der German Marshall Fund und viele andere Think Tanks gehören, aber auch zahlreiche Staatspräsidenten, die den direkten Kontakt zur Stiftung suchen oder auf Deutschlandreise in München in der Stiftungszentrale Station machen.

Zu den hochrangigen Gesprächspartnern des Vorsitzenden der Hanns-Seidel-Stiftung zählen auch Persönlichkeiten wie der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger oder Myanmars Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi.

Die Weiterentwicklung der ideellen Förderung im Bereich Stipendiaten/Begabtenförderung und die Etablierung weiterer Programme, z.B. für Stipendiaten mit Migrationshintergrund oder MINT-Fächer, hat in Verbindung mit der Bildungs-offensive der Bundesregierung einen

signifikanten Ausbau bewirkt – von 400 Stipendiaten im Jahr 2004 auf 1.200 im Jahr 2014.

Innovatives Haus

Staatsminister a.D. Hans Zehetmair bilanziert: „Ein Jahrzehnt an der Spitze der Hanns-Seidel-Stiftung hat mir stets große Freude bereitet. Die Arbeit in einem innova-

Vorschläge zur Pflege:

Zuwendung wichtiger als Schreibearbeit

Dokumentation auf Mindestmaß reduzieren

Die Staatsregierung soll sich dafür einsetzen, die Dokumentation in sämtlichen Pflegeeinrichtungen Bayerns auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Das forderte die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag nach einem Gespräch mit Fachleuten aus dem Bereich der Pflege und Pflegedokumentation.

„Das Pflegepersonal sollte seine kostbare Zeit in größtmöglichem Umfang den Pflegebedürftigen widmen. Die Zeit, die wegen der Dokumentation von der eigentlichen Pflege abgeht, müssen wir auf ein absolutes Mindestmaß reduzieren“, so Bernhard Seidenath, der Vorsitzende des Arbeitskreises Gesundheit und Pflege der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag. Tatsächlich werde in den meisten Pflegeeinrichtungen über eine als überbordend empfundene Bürokratie geklagt.

Der modellhaft erprobte Ansatz „ReduDok“ könne ein wichtiger

tiven Haus mit weltweiten Kontakten und der Aufgabenstellung, zukunftsorientierte Problemlösungen zu erarbeiten, empfinde ich als große Bereicherung nach meiner aktiven Politikerlaufbahn. Mein Dank gilt den Vorstandskollegen, den Mitgliedern, dem Hauptgeschäftsführer und der gesamten Belegschaft für zehn Jahre Treue und gutes Miteinander! **□**

Baustein sein, um zu einer möglichst unbürokratischen Pflege zu kommen. Ziel der CSU-Fraktion sei es, Pflegebedürftige vollständig in den Mittelpunkt zu stellen und die Professionalität der Pflege zu betonen. Auch die Empfehlungen aus einem Praxistest im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit könnten zur Vereinfachung der Pflegedokumentation herangezogen werden.

Seidenath und seine Fraktionskollegen machten deutlich, dass bei Heimmachschauen die Ergebnisqualität der Pflege deutlich höher zu werten sei als die Güte der Pflegedokumentation. **□**

Anerkennung und..

(Fortsetzung von Seite 1)
kreis lag ihm ganz besonders am Herzen“, hob der Innenminister hervor. Zu diesem Zwecke fusionierte das damalige Kreisklinikum Traunstein-Trostberg mit den Kliniken des Landkreises Berchtesgadener Land zu den Kliniken Südostbayern AG.

Herrmann zufolge stand auch das Thema Bildung ganz oben auf der Agenda von Hermann Steinmaß. Besonders setzte er sich für den Neubau des Annette-Kolb-Gymnasiums ein. Die Bildungsangebote an weiterführenden Schulen und Berufsschulen im Landkreis wurden unter seiner Ägide intensiv ausgebaut. Große Investitionen wurden in den Bauunterhalt getätigt. Energetisch saniert werden konnten in der Amtszeit Steinmaßs insgesamt 21 Schulen, Schulturnhallen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Verwaltungsbauten.

Seniorenkonferenz

„Steinmaßs besonderes Augenmerk galt der älteren Generation. Mit seinem tatkräftigen Einsatz hat er es geschafft, dass die drei Altenheime in der Trägerschaft des Landkreises Traunstein blieben“, erklärte Herrmann. Im Jahr 2006 wurde auf seine Initiative hin die Traunsteiner Seniorenkonferenz gegründet. Dieses Netzwerk zielt auf die Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen in allen Lebensbereichen ab.

Starke Akzente habe Steinmaß auch im Straßenbau gesetzt, machte der Innenminister deutlich. Eines der herausragendsten Kreisstraßenprojekte war die Beseitigung des Bahnüberganges in Übersee im Zuge der Kreisstraße TS 45, ein äußerst komplexes, technisch und städtebaulich anspruchsvolles Projekt, das auf eine planerische Vorgeschichte von rund 80 Jahren zurückblickte. Großes Anliegen war Steinmaß auch die bessere Anbindung der großen Industriebetriebe in Traunreut an die B 304.

Herrmann Steinmaß war langjähriger Präsident der EuRegio Salzburg-Berchtesgadener Land-Traunstein und Verbandsvorsitzender des Regionalen Planungsverbandes Südostbayern.

Ebenfalls zwölf Jahre lang lenkte Alfred Reisinger die Geschichte des Landkreises Straubing-Bogen. Joachim Herrmann, der den Landkreischef mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber auszeichnete, konstatierte: „Alfred Reisinger hat den Landkreis Straubing-Bogen fit für die Zukunft gemacht. Seine Ziele, Wirtschaft und Umweltschutz gleichermaßen zu fördern, hat er vorbildlich in die Tat umgesetzt.“

Zu den Hauptanliegen des früheren Landtagsabgeordneten und ehemaligen Wirtschafts- und Fremdenverkehrsreferenten des Landkreises zählten die Förderung von Wirtschaft und Umweltschutz. „Gerade auch seinem Engagement ist es zu verdanken, dass bedeutende Einrichtungen im Landkreis Beheimatung gefunden haben“, betonte der Innenminister. So ist Straubing heute nicht nur Sitz des Polizeiverwaltungsamtes mit 250 Arbeitsplätzen sondern auch des Polizeipräsidiums Niederbayern.

Laut Herrmann ist mit dem Namen Reisinger auch die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Straubing-Sand eng verbunden. Hier haben sich der Landkreis Straubing-Bogen, die Stadt Straubing und die Gemeinde Aiterhofen zum Zweckverband „Industriegebiet mit Donauhafen Straubing-Sand“ zusammengeschlossen. Mit vier Millionen Tonnen Güterumschlag ist der Donauhafen Straubing-Sand zwischenzeitlich das leistungsstärkste Güterverkehrszentrum in Niederbayern – das dazugehörige Industriegebiet bietet

mittlerweile 2.000 Menschen Arbeit.

Der Bund zeichnete die Region Straubing 2009 als eine der 25 Bioenergieregionen Deutschlands aus. Mit ausschlaggebend dafür ist das heutige Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe - das Centrale Agrar-Rohstoff-Marketing- und Energie-Netzwerk (e.V.), kurz C.A.R.M.E.N. „Alfred Reisinger hat es geschafft, dieses Zentrum nach Straubing zu holen. Damit wurde der Startschuss für eine zukunftsweisende Ausrichtung der Region bei der Erzeugung erneuerbarer Energie gegeben“, so Herrmann.

Auch im Straßenbau habe Reisinger starke Akzente gesetzt, unterstrich der Innenminister. Er habe die erforderlichen Sanierungsarbeiten an der A 3 und die Ausbaumaßnahmen auf der B 20 stets konstruktiv und mit großem Verständnis begleitet, ebenso die Verbesserungen im Labertal.

Überaus positiv entwickelt haben sich nach Herrmanns Worten auch die kommunalen Finanzen des Landkreises: Lasteten auf ihm bei Reisingers Amtseintritt noch fast 20 Millionen Schulden, werden sich diese bis Ende 2016 um fasst zwei Drittel, auf sieben Millionen Euro, verringert haben.

24 Jahre lenkte Wolfgang Dandorfer als Oberbürgermeister die Geschicke der Stadt Amberg. Wie Herrmann darlegte, sei Amberg heute eine beeindruckende und prosperierende Stadt. Dandorfer gehe als anerkannter, äußerst engagierter und hochverdienter Oberbürgermeister in die Stadtgeschichte ein.

„Unter Wolfgang Dandorfer leistete die Stadt Amberg wahre Pionierarbeit bei der Neugestaltung des Stadtzentrums“, sagte Herrmann. Seit 1990 wurden für Maßnahmen in der Stadt Amberg insgesamt mehr als 26 Millionen Euro Städtebauförderungsmittel der Europäischen Union, des Bundes und des Freistaates Bayern eingesetzt.

„Zu den tiefgreifendsten Entwicklungen unter der Ägide von Wolfgang Dandorfer zählt die Gründung der Staatlichen Fachhochschule“, stellte der Innenminister fest. An der ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden werden an vier verschiedenen Fakultäten Studiengänge in den Bereichen Maschinenbau und Umweltechnik, Elektrotechnik, Wirtschaftsinformatik und Betriebswirtschaft angeboten.

Wegweisende Akzente habe Wolfgang Dandorfer auch im Wohnungsbau gesetzt. So wurde beispielsweise auf dem ehemaligen Kasernengelände ab 1993 das Wohngebiet an der Kennedystraße geschaffen. Durch die Umnutzung von Kasernengebäuden oder Neubauten konnten insgesamt 203 Wohnungen geschaffen werden. Auch der Bau von Studentenwohnungen erlebte eine wahre Blüte.

„In der Amtszeit Wolfgang Dandorfers konnten im Raum Amberg auch wichtige Straßenbauvorhaben umgesetzt werden“, äußerte der Verkehrsminister. Sowohl die B 85 als auch die B 299, die beide das Stadtgebiet von Amberg durchqueren, wurden weiter ausgebaut. 2013 konnte der dreistöckige Ausbau der B 85 von Amberg bis Sulzbach-Rosenberg abgeschlossen werden – ein rund 20 Millionen Euro teures Bundesprojekt, an der sich auch die Stadt Amberg finanziell beteiligte.

30 Jahre lenkte Karl Köhler die Geschicke der Gemeinde Uttenreuth. „Mit Karl Köhler verliert Uttenreuth einen Bürgermeister, der sein Amt nicht nur als Beruf sondern als Berufung verstand. Er hatte sein Ohr stets bei den Menschen vor Ort, er fühlte den Puls des gemeindlichen Lebens. Besonderes Zeichen des Dankes und

Anerkennung für die Verdienste um die Kommunale Selbstverwaltung ist die Auszeichnung mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber“, würdigte Herrmann den mittelfränkischen Rathauschef.

„Besonderes Augenmerk legte Karl Köhler auf die Lebenssituation von Kindern und Familien. Unter seiner Ägide entwickelte sich Uttenreuth zu einer besonders familienfreundlichen Gemeinde“, so Herrmann. In Uttenreuth gibt es 300 Plätze in Krippen, Kindergärten und dem Schulhort. Eine Mittagsbetreuung sorgt für das leibliche Wohl der Kleinen. Die örtlichen Kinderbetreuungseinrichtungen wurden vielfach saniert und umgebaut, ein Jugendclub wurde neu gebaut.

Auch die Finanzlage Uttenreuths habe sich unter Karl Köhler vorbildlich entwickelt, so der Innenminister. Die Verschuldung konnte Schritt für Schritt abgebaut werden. Herrmann: „Besonders stark gemacht hat sich Karl Köhler auch für die Seniorenarbeit, die Feuerwehren und den Bau des Ortszentrums.“ Nicht zuletzt erhielt die Verwaltungsgemeinschaft Uttenreuth 2011 ein Gebäude, das energetisch auf dem neuesten Stand ist und den Ansprüchen einer modernen Verwaltung voll genügt.

Vordenker

Mit einer festlichen Stadtratssitzung im Historischen Reichtsaal endete schließlich die 18 Jahre dauernde Amtsperiode von Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger. Ministerpräsident Horst Seehofer würdigte das scheidende Stadtoberhaupt als Mann der Tat, Vordenker und politisches Kraftpaket.

Wer nach Regensburg komme, sehe eine blühende Stadt, konstatierte Seehofer. Regensburg gehe es gut, es sei ein Juwel unter den bayerischen Großstädten. Zu den bleibenden Dingen aus Schaidingers 18-jähriger Amtszeit zählte er die Technische Hochschule, die Arbeitsplätze und die Entwicklungsmaßnahme Burgweinting, „die größte Siedlungsmaßnahme seit der Römerzeit“, den Ritterschlag durch die Unesco zur Welt-erbestadt und das Museum der bayerischen Geschichte. Regensburg habe eine ungeheure Wirtschaftskraft. „Die Stadt ist fast eine Zone der unbegrenzten Möglichkeiten“, hob Seehofer hervor.

Als Dank an Schaidinger, auch für dessen jahrelanges Engagement als Vorsitzender des bayerischen Städtetags, überreichte der Ministerpräsident den Bayerischen Löwen aus Nymphenburger Porzellan. Schaidingers Nachfolger Joachim Wolberger sicherte er ebenfalls eine gute Zusammenarbeit zu, denn dem Freistaat könne es nur gut gehen, wenn es seinen Kommunen gut gehe. **DK**

Europaplan...

(Fortsetzung von Seite 1)
eine geordnete Staateninsolvenz möglich sein. Dazu soll auch die Möglichkeit gehören, die Eurozone vorübergehend zu verlassen und wieder eine eigene Währung einzuführen. Dieser Prozess soll durch gezielte Wirtschaftshilfe und die Möglichkeit zum Wiedereintritt in die Eurozone begleitet werden.

Deutsche Banken und deutsche Sparer dürften nicht zur Haftung für andere europäische Banken herangezogen werden. „Deshalb lehnen wir einen europäischen Einlagensicherungsfonds ab. Jedes Land muss selber für die Sicherheit seiner Spareinlagen sorgen. Für die Rettung notleidender Banken ist ebenfalls das jeweilige Land zuständig.“

Wie CSU-Spitzenkandidat Markus Ferber auf dem Parteitag deutlich machte, „kann Bayern Vorbild und Modell für Europa sein“. Der Freistaat sei heute der Motor für die wirtschaftliche Dy-

(Fortsetzung von Seite 1)
namik in der gesamten Europäischen Union. Diese Spitzenstellung habe man erreicht, weil man immer im Blick hatte, wie man die Potenziale in Bayern mobilisieren könne. Als Beispiele nannte Ferber die Bildungs- und die Infrastrukturpolitik, die Infrastruktur und die Mittelstandsförderung. Auf EU-Ebene sei dagegen meist versucht worden, zu regulieren und zu drangsalieren.

Rücklagenbildung

Unter der launigen Überschrift „Gute und andere Nachrichten aus dem Umweltministerium“ traf Bayerns Umweltminister Dr. Marcel Huber auf den Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl. Die beiden Kenner der Wasserszene nahmen zu den Themen Rücklagenbildung, zur Klärschlammausbringung und zu dringend erforderlichen Förderszenarien kein Blatt vor den Mund.

Wie Huber im Vorfeld der Tagung erklärt hatte, sei es das erklärte Ziel des Freistaats, zum Schutz der Trinkwasserqualität die Klärschlammausbringung auf landwirtschaftlichen Flächen zu beenden. Eine Gefährdung des Bodens oder des Trinkwassers durch eine Ausbringung von Klärschlamm müsse vermieden werden.

Die Wasserwirtschaft liefert Trinkwasser „de luxe“ zu einem durchschnittlichen Preis von rund 1,45 Euro für 1000 Liter. Man beachte die Größenordnung: Am Tagungsort in Bad Wiessee beträgt der Preis für nur einen halben Liter Wasser im Restaurant durchschnittlich 3 Euro. Hochgerechnet kostet ein einziger Liter „Sprudelwasser“ also 6 Euro. Für 1.000 Liter wird in der Gastronomie folglich ein Umsatz von 6.000 Euro für etw erzielt, was jeder Bürger für 1,45 Euro über die Wasserleitung frei Haus geliefert bekommt.

Höchstfristen

Mit der Frage „Was bringt die KAG-Änderung 2014?“ befasste sich Monika Weinl vom Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr. Als wesentliche Änderungen des Gesetzentwurfs führte Weinl die Höchstfristen für die Beitragserhebung, neue Zinsregelungen, die Verrentung beim Straßenausbaubeitrag, Modifikationen bei der Kalkulation von Friedhofsgebühren, grund-

Klartext in Bad Wiessee...

stücksbezogene Benutzungsgebühren und Erstattungsansprüche für Grundstücksanschlüsse als öffentliche Last, neue Einkommensfreigrenzen bei der Zweitwohnungsteuer sowie redaktionelle Anpassungen an.

Weinl informierte unter anderem darüber, dass die Einkommensfreigrenzen für die Erhebung der Zweitwohnungsteuer nicht mehr in absoluten Zahlen ausgedrückt werden sollen (derzeit 25.000 Euro bzw. 33.000 Euro), sondern durch ein Vielfaches des Grundfreibetrags (momentan 28.455 Euro bzw. 36.585 Euro). Hintergrund dieser Änderungen in Art. 3 Abs. 3 KAG sei das gestiegene Nominaleinkommen. Von den nach der neuen Berechnungsmethode höheren Einkommensfreigrenzen seien keine signifikanten Auswirkungen auf die Einnahmemöglichkeiten der Gemeinden aus der Zweitwohnungsteuer zu erwarten, so der Gesetzentwurf.

Darüber hinaus wird laut Weinl für Straßenausbaubeiträge die Möglichkeit der Verrentung eingeführt. Diese bewirkt, dass die Beitragsschuld in mehreren aufeinander folgenden Jahresleistungen zu begleichen ist. Bei der Kalkulation von Gebühren für die Inanspruchnahme gemeindlicher Bestattungseinrichtungen wird wiederum auf die ausdrückliche Anordnung verzichtet, dass Kostenüber- und -unterdeckungen im nächsten Kalkulationszeitraum auszugleichen sind.

Kalkulation von Friedhofsgebühren

Da auch für die Kalkulation von Friedhofsgebühren die allgemeinen Grundsätze des Abgabenrechts, insbesondere das Kostendeckungsgebot und das Äquivalenzprinzip, gelten, kann laut Gesetzentwurf zugunsten eines praxismäßig gerechten Vollzugs auf das gesetzlich normierte verpflichtende Erfordernis des Ausgleichs von Gebührenüber- und -unterdeckungen verzichtet werden. Gemeinden, die den Ausgleich vornehmen und weiterhin vornehmen wollen, sind daran nach wie vor nicht gehindert.

„Personelle und organisatorische Anforderungen an Trinkwasserversorger - in welche Richtung geht das neue W 1000?“ lautete das Vortragsthema von Bernd Traue, DVGW-Landesgruppe Bayern. Die Anforderungen dieses überarbeiteten Arbeitsblattes mit einer Einreichfrist bis 30. Juni 2014 sind Traue zufolge so gestaltet, dass sie sowohl bei Trinkwasserversorgern mit einfachen Organisationsstrukturen und geringem Personalbestand als auch bei Versorgern mit komplexen Organisationsstrukturen mit hohem Personalbestand angewendet werden können. Daraus resultiert je nach Trinkwasserversorger ein unterschiedlicher organisatorischer Aufwand. Die Umsetzung der Anforderungen dieses Arbeitsblattes ist somit auf die spezifische Situationen des Wasserversorgers anzupassen. Dies betrifft insbesondere die Anforderungen an die Qualifikation der Technischen Führungskraft.

Qualifikationsniveau

Weiterhin wurden die Systematik und das Qualifikationsniveau in Bezug auf das Personal an den Qualifikationsrahmen für den Erwerb von technischer Handlungskompetenz bei Fach- und Führungskräften (QRT) in der Strom-, Gas- und Wasserversorgung angepasst. Bei den Aufgaben- und Tätigkeitsfeldern des Wasserversorgers sind nun die Tätigkeitsfelder ausgewiesen,

die auch durch einen qualifizierten Dienstleister erbracht werden können.

Über die Finanzierung kommunaler Investitionen mit der BayernLabo informierte schließlich Markus Riedl, Kundenbetreuung Kommunalkredit Bayern. Wie Riedl darlegte, ist die Bayerische Landesbodenkreditanstalt die Kommunal- und Förderbank des Freistaats Bayern. Ihr gesetzlicher und satzungsgemäßer Auftrag ist es, den Freistaat und seine Kommunen und kommunalen Zweckverbände bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben zu unterstützen. Diesen öffentlichen Auftrag setze die BayernLabo seit 2006 konsequent um.

Finanzierungslösungen

Als Kommunalbank des Freistaats Bayern hilft die BayernLabo bayerischen Kommunen und deren Eigenbetriebe, kommunalen Zweckverbänden und deren Eigenbetriebe sowie kommunalen Schulverbänden ihren Finanzierungsbedarf z. B. für Investitionsfinanzierung, Umschuldung, Zinsanpassung oder Zinssicherung mit passenden Finanzierungsleistungen im Rahmen ihrer Kommunalkredite zu decken.

Die BayernLabo bietet auf den individuellen Bedarf zugeschnittene Finanzierungsinstrumente, z. B. Festkredite mit Zinsbindungen von bis zu 30 Jahren, Forward-Kredite und variabel verzinsten Kredite auf Euribor-Basis.

Derzeit offeriert das Institut in Zusammenarbeit mit der KfW Bankengruppe bayerischen Kommunen und Zweckverbänden verschiedene zinsvergünstigte Förderkredite für eine Vielzahl von Investitionen im Infrastrukturbereich. Die kommunalen Förderprogramme der BayernLabo decken Themen wie Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Bildungseinrichtungen (Investkredit Kommunal Bayern), energetische Gebäudesanierung (Energiekredit Kommunal Bayern) sowie den Barriereabbau im öffentlichen Raum (Inklusionskredit Kommunal Bayern) ab. Die bayerischen Förderprogramme der BayernLabo bieten den Kommunen neben der Förderung auf Bundesebene durch die KfW einen weiteren, eigenen bayerischen Fördervorteil in Form einer zusätzlichen Zinsverbilligung.

Konjunktorentwicklung

Nach Riedls Angaben betrug der Kommunalkreditbestand der Bayern Labo zum 30.12.2013 insgesamt 4,9 Mrd. Euro mit einem Marktanteil von ca. 26 %. Das Neugeschäft 2013 belief sich auf ca. 841 Mio. Euro (davon ca. 35 % Förderkredite und ca. 65 % Kapitalmarktkredite).

Mit Blick auf die Wirtschaftsentwicklung im Euroraum wies Riedl darauf hin, dass die Konjunktur dort seit Sommer 2013 wieder aufwärtsgerichtet ist, die regionale Divergenz aber hoch bleibt. 2014 ermögliche ein geringerer Bremseffekt der Haushaltskonsolidierung ein Wachstum um etwa 1 %. Vor dem Hintergrund von Maßnahmen zum Abbau der anhaltend hohen Verschuldung der privaten und öffentlichen Haushalte sowie der Banken dürfte die Erholung nach Einschätzung des BayernLabo-Repräsentanten über 2014 hinaus jedoch wenig dynamisch ausfallen.

Der deutlicher werdenden konjunkturellen Belebungen stünden politische Unsicherheiten im Euro-Raum gegenüber. Der Renditeanstieg werde auf Jahresbasis moderat ausfallen. Peripherie-Anleihen werden 2014 erneut höhere Erträge abwerfen als Bund. **DK**

IFAT-Schlussbericht:

München erlebt sein grünes Wunder

Über 135.000 Besucher aus rund 170 Ländern - 3.081 Aussteller aus 59 Nationen

Fünf Messtage rund um Umwelttechnologien sind in München zu Ende gegangen und Eugen Egetenmeir, Geschäftsführer der Messe München, ist überwältigt von der Resonanz: „Die IFAT hat alle Rekorde gebrochen. Wir konnten mehr als 135.000 Besucher aus aller Welt begrüßen. Das ist beeindruckend.“ Laut Dr. Johannes F. Kirchhoff, Vorsitzender des Fachbeirats der IFAT und Geschäftsführer der FAUN Umwelttechnik, zeigen die Erweiterung der Ausstellungsfläche und die sehr guten Besucherzahlen, „dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben.“

Die IFAT bietet mit ihrem Messexpositionen und Lösungen im Umwelttechnologiebereich. Klimawandel, steigende Rohstoffpreise, die zunehmende Anzahl an Megacities und die voranschreiten-

de Industrialisierung in Schwellenländern verstärken die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen für Umwelt- und Klimalösungen. Die Messe zeigt hier in den Bereichen Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft Strategien

und Anwendungen, wie man Ressourcen in intelligenten Kreisläufen so nutzen kann, dass sie langfristig erhalten bleiben.

Eindrucksvolle Internationalität

Mit rund 60.000 Besuchern aus dem Ausland (2012: 49.840), das entspricht fast 45 Prozent, verzeichnet die IFAT den höchsten Auslandsanteil ihrer Geschichte. Rainer Köhler, Vorstand Vertrieb bei Huber SE, zieht Bilanz: „Die IFAT hat auch dieses Jahr be-

stätigt, dass sie die Messe für uns darstellt. Wichtig für uns ist neben der großen Besucheranzahl aus Deutschland auch die gestiegene Besucherzahl aus dem Ausland.“

Die Aussteller heben zudem die hohe Qualität der Besucher hervor, wie die von TNS Infratest durchgeführte Umfrage bestätigt: 94 Prozent der ausstellenden Unternehmen befinden die Qualität der Besucher „gut“ bis „ausgezeichnet“. Herwart Wilms, Geschäftsführer bei Remondis, sagt hierzu: „Auch in diesem Jahr war das Publikum durch eine große Internationalität und hohe Entscheidungskompetenz geprägt, so dass eine Vielzahl an interessanten und geschäftseröffnenden Gesprächen geführt werden konnte.“

Insgesamt 3.081 Aussteller aus 59 Ländern (2012: 2.939 Aussteller aus 54 Nationen) präsentierten vom 5. bis 9. Mai auf 230.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche (2012: 215.000 Quadratmeter) Innovationen und Trends für den Umwelttechnologiesektor. Auch hier wurde mit einem Auslandsanteil von 44 Prozent – das entspricht einem Plus von fünf Prozentpunkten – eine neue Bestmarke erzielt.

Branchenprimus IFAT

Mit diesen Werten unterstreicht die IFAT einmal mehr ihre Position als die Nummer 1 der Branche. Insgesamt 92 Prozent der ausstellenden Unternehmen beurteilen den Leitmessecharakter der weltweit wichtigsten Umwelttechnologiemesse mit „gut“ bis „ausgezeichnet“. So auch Dr. Markus Beukenberg, Chief Technical Officer bei WILO SE: „Für uns ist die IFAT uneingeschränkt die Weltleitmesse der Wasserwirtschaft und Umwelttechnik.“

Die nächste IFAT findet vom 30. Mai bis 3. Juni 2016 in München statt. □

Abfallaufkommen in Deutschland:

Fast siebzig Prozent sind mineralische Abfälle

Der größte Teil stammt aus dem Baubereich. Auch Aschen und Schlacken aus Verbrennungs- und Hüttenprozessen fallen in großen Mengen an. Mehr als achtzig Prozent dieser Abfälle werden verwertet. Und hier liegt das Problem: Über die Anforderungen an die Qualität der Abfälle für die Verwertung gibt es keine bundeseinheitliche Regelung. Die dafür geschaffenen Merkblätter der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall gelten seit einem Gerichtsurteil von vor zehn Jahren nicht mehr; in den Ländern herrschen unterschiedliche Auffassungen darüber, welche dieser Abfälle verwertet werden dürfen und welche beseitigt werden müssen.

Seit mehr als zwei Wahlperioden – inzwischen sind es mehr als neun Jahre – kündigt der Bund eine verbindliche Regelung an, die aber wegen der unterschiedlichen Auffassungen der beteiligten Länderbehörden und Wirtschaftsunternehmen bislang nicht zustande kam. Seit Dezember 2012 liegt ein überarbeiteter Entwurf der so genannten Mantelverordnung vor, doch hat sich die Industrie für eine grundlegende Überarbeitung ausgesprochen. Eine Einigung liegt offensichtlich in weiter Ferne.

Akzeptanz von Recyclingbaustoffen fördern

Die Bundesregierung beabsichtigt, mit dieser Mantelverordnung ein Gesamtkonzept für die Verwertung von Ersatzbaustoffen auch dem Grundwasserschutz und dem Bodenschutz Rechnung zu tragen. Weiterhin soll nach dem Willen der Regierung mit dem Deutschen Ressourceneffizienzprogramm ProgRes die Akzeptanz von Recyclingbaustoffen gefördert und das hohe Niveau des Einsatzes dieser Mineralien unter Einhaltung der in den Verordnungsentwürfen vorgesehenen Grenzwerte gesichert werden.

Mit dieser vielschichtigen Problematik, die auch die wirtschaftliche Existenz zahlreicher auf das Recycling angewiesener Wirtschaftszweige berührt, befasst sich am 30. Juni und 1. Juli die Berliner Konferenz „Mineralische Nebenprodukte und Abfälle“. Rund fünfzig Wissenschaftler und Vertreter der Praxis werden über rechtliche, wirtschaftliche und technische Aspekte der Verwertung von Aschen, Schlacken und Baurestmassen referieren und diskutieren. In Anbetracht der hohen Aktualität und Brisanz des Themas sind – wie im vergangenen Jahr – etwa dreihundert Führungskräfte und Fachleute aus den betroffenen Bereichen zu erwarten. □

Freiburger Öko-Institut:

Vorfahrt für Recycling

Ergebnisse der Studie „Beitrag der Kreislaufwirtschaft zur Energiewende“

Die Abfallwirtschaft muss auf Recycling statt auf Müllverbrennung setzen, um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Zur Energiewende kann sie nur dann beitragen, wenn sie Abfall möglichst umfassend stofflich verwertet und verbleibende Abfallstoffe flexibel und effizient zur Energieerzeugung einsetzt. Zu diesen Ergebnissen kommt die aktuelle Studie „Beitrag der Kreislaufwirtschaft zur Energiewende“ des Öko-Instituts e.V., Freiburg, im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V. (BDE).

Durch einen konsequenten und zügigen Ausbau des hochwertigen Kunststoffrecyclings können die klimaschädlichen CO₂-Emissionen aus der Verbrennung von Kunststoffen in Müllverbrennungsanlagen signifikant verringert werden. Alleine bei den Gewerbeabfällen beziffert das unabhängige Forschungsinstitut das Potential an zusätzlichen Wertstoffen auf drei Millionen Tonnen. Das ist das Siebenfache der Menge, die heute noch in den Abfällen aus Privathaushalten gesehen wird.

In dieser Studie werden die Rahmenbedingungen, die eine konsequente Umsetzung der Energiewende für die Kreislaufwirtschaft vorgeben wird, beschrieben und die Konsequenzen, die sich daraus für die Kreislaufwirtschaft in Zukunft ergeben werden, aufgezeigt. In einer Bilanz werden dann der Situation in 2011 jeweils zwei Szenarien für 2030 und 2050 gegenübergestellt, die zum einen den Status Quo fortzuschreiben, zum anderen gegenüber den Bedingungen der Energiewende optimiert wurden.

Dabei wurde zugrunde gelegt, dass das Mindestziel der Bundesregierung, nämlich die Reduktion der Treibhausgasemissionen um 80 %, erreicht wird. Außerdem wurde u. a. auch unterstellt, dass das Ziel, den Anteil erneuerbarer Energie an der Stromerzeugung auf 80 % zu steigern, erreicht wird. Die Rahmenbedingungen des geänderten Energiemarktes wurden bei den vier Zukunftsszenarien gleich berücksichtigt.

Nach Ansicht des Öko-Instituts ist unter anderem die Bereitstellung ausreichender Stromerzeugungskapazität sowie von Systemflexibilität zentral für das Gelingen der Energiewende. Der Bedarf an Grundlasterzeugern wird dabei generell abnehmen, der Bedarf an Reservekapazität jedoch zunehmen. Stromerzeugung aus Abfall ist bislang jedoch nicht ausreichend flexibel, um einen solchen Beitrag zu leisten.

Eine Flexibilisierung kann und muss einen deutlichen und wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Energiewende leisten, weil ökologisch vertretbar produzierte Biomasse allein dafür nicht reicht und außerdem für andere Bereiche wie Ernährung, Mobilität, Produktionsrohstoffe etc. gebraucht wird. Andere (fossile) Flexibilitätsoptionen wie Gas oder Kohle führen wiederum zu Treibhausgas-Emissi-

sionen. Daraus könne geschlossen werden, dass der Beitrag der Kreislaufwirtschaft für das Gelingen der Energiewende künftig nicht mehr darin bestehen wird, grundlastfähigen Strom zu ersetzen (aufgrund des nicht vorhandenen Bedarfs und der deshalb geringen CO₂-Gutschriften), sondern vor allem Flexibilität bereit zu stellen, soweit das möglich ist.

Im Jahr 2050 kann die Kreislaufwirtschaft einen relevanten Beitrag für die Bereitstellung von flexibler Reservekapazität leisten. Um die Ziele des Energiekonzepts zu erreichen, muss die Stromerzeugung zu einem überwiegenden Anteil auf fluktuierende Erneuerbare Energien wie Photovoltaik und Windkraft umgestellt werden. Die Stromerzeugung aus Kraftwerken, deren Einsatz flexibel steuerbar ist, geht bis 2050 sehr stark zurück. Der Beitrag der Kreislaufwirtschaft an der flexibel steuerbaren Stromerzeugung steigt auf 10 % an. Zusätzlich können nach der Bilanz für das Szenario „2050 optimiert“ durch Ersatzbrennstoffe in Prozessfeuerungen etwa 2 Mio. Mg Steinkohle (oder vergleichbare fossile Brennstoffe) eingespart werden.

Treibhausgas-Emissionen

Wenn Abfallverbrennungsanlagen weiterhin in Grundlast betrieben werden, steigen die Anteile an den Gesamtemissionen aus der Stromerzeugung bis 2050 sehr stark an, ohne dass ein adäquater Nutzen erbracht wird. Sollen die Treibhausgas-Emissionen insgesamt weiter sinken (z. B. bis 2050 um 80 bis 95 % in Bezug auf 1990), müssen auch die THG-Emissionen im Stromsektor deutlich reduziert werden. Dies kann nur gelingen, sofern zum einen die THG-Emissionen der Abfallverbrennung reduziert und zum anderen möglichst viele fossile Reservekraftwerke (Kohle, Gas) ersetzt werden.

Aus diesem Grund sollte der Fokus auf einer Reduzierung des fossilen Anteils des energetisch genutzten Abfalls liegen. Dies kann durch die konsequente Durchsetzung der getrennten Abfallerfassung, unterstützt durch eine hochwertige Sortierung und Aufbereitung der verschiedenen Abfallfraktionen sowie des Restabfalls gelingen.

Durch das Recycling werden heute schon erhebliche Beiträge

zum Klima- und Ressourcenschutz geleistet, die durch die angesetzten Optimierungen noch gesteigert werden können. So werden in der Summe bereits 2011 knapp 20 Mio. Mg Sekundärrohstoffe inklusive Kompost bereitgestellt. Durch die angesetzten Optimierungen bei der Getrenntsammlung, Sortierung und Aufbereitung konnte dieser Beitrag auf über 23 Mio. Mg gesteigert werden. Damit sind erhebliche Einsparungen bei der Gewinnung und Aufbereitung von Primärressourcen sowie der damit einhergehenden erheblichen ökologischen und sozialen Belastungen verbunden. Auch der Beitrag zur Energiewende - durch den eingesparten Energieverbrauch gegenüber der Primärrohstoffgewinnung - ist erheblich. Damit wird ein wesentliches Ziel der Energiewende, nämlich die Reduzierung des Energieverbrauchs unterstützt.

Des Weiteren kann die Kreislaufwirtschaft aus den getrennt erfassten organischen Abfallbestandteilen neben der stofflichen Nutzung als wertvollen Kompost auch hochwertig aufbereitetes Gas in Erdgasqualität zur Verfügung stellen (Kaskadennutzung). Dieses kann für sehr kurzfristig benötigte Gasturbinen und Gasmotoren für die Bereitstellung von Reservekapazität genutzt werden. Dazu ist aber die politisch vorgegebene Getrenntsammlungspflicht für Bioabfälle konsequent umzusetzen. Weitere verfügbare Gase sowie Festbrennstoffe aus Abfall können dafür genutzt werden, die verbleibende fossile Stromerzeugung weiter zu reduzieren. Dabei ist auf möglichst hohe Wirkungsgrade (Kraft-Wärme-Kopplung, Mitverbrennung) zu achten.

Der Müllverbrennung im herkömmlichen Sinne kommt in einem an der Energiewende orientierten Szenario nur noch die Bedeutung zu, schadstoffhaltige Abfälle, die aufgrund ihrer Schadstoffbelastungen nicht ökologisch vertretbar verwertet werden können, zu beseitigen. Ein Verwertungsstatus, den die meisten MVAs heute besitzen, ist dann nicht mehr gerechtfertigt.

Fazit: Ohne dass die notwendigen Maßnahmen zur Optimierung der Kreislaufwirtschaft angegangen werden und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, steht nach Auffassung des Öko-Instituts zu befürchten, „dass der heute erreichte Beitrag der Kreislaufwirtschaft zum Klimaschutz nicht – wie erforderlich – verbessert werden kann, vermutlich könnten wir ihn nicht einmal halten“. Die Bilanzen der vorliegenden Studie zeigten, dass das Potenzial der Kreislaufwirtschaft, zur Energiewende beizutragen, erheblich ist. DK



12. UnternehmerKonferenz

22. Mai 2014 – Nürnberg Convention Center

Digitale [R]Evolution Potenziale erkennen – Chancen nutzen



Über 30 innovative Fachvorträge

für Unternehmer, Führungskräfte, Kommunen und Freie Berufe

Impuls

Konjunktur- und Marktausblick: Positiv aber turbulent
Dr. Jürgen Michels, BayernLB

Keynotes

Kisten aus Sperrholz, oder:
Eine Gebrauchsanweisung für die Umsetzung der digitalen Revolution
Wolfram Winter, Sky Deutschland

Wirtschaftsfaktor Internet: von Bayern in die Welt
Burkhard Leimbrock, Google

Best Practice

ANALOGIE VON BERUF UND BERG
Intensiv – leidenschaftlich – motivierend
Thomas Huber, „Huberbuam“

Special AgriBusiness/Landwirtschaft

Information und Anmeldung unter www.unternehmerkonferenz.de

Eine Initiative der bayerischen Sparkassen

Unterstützt von:



Defizite beim Grünen Punkt

Gutachten des Betriebswirtschaftlichen Instituts für Abfall- und Umweltstudien – FORSA-Umfrage im Auftrag des VKU

In einer im April 2014 im Auftrag des Verbandes kommunaler Unternehmen durchgeführten repräsentativen FORSA-Umfrage gehen 62 Prozent der Befragten fälschlicherweise davon aus, dass die Verantwortung für die Entsorgung von Verpackungen bei den Kommunen liegt. Darüber aufgeklärt, dass dem nicht so ist, befürworten 59 Prozent eine Rückübertragung der gesetzlichen Verantwortung auf die Kommunen. In Einklang mit dieser Umfrage steht ein vor kurzem vom VKU in Berlin vorgestelltes Gutachten von Professor Heinz-Georg Baum vom Betriebswirtschaftlichen Institut für Abfall- und Umweltstudien, das sich mit den Defiziten beim Grünen Punkt befasst.

Nach diesem Gutachten gibt es enorme Schwachstellen beim Grünen Punkt sowohl in Bezug auf die ökologischen Ergebnisse als auch im Hinblick auf die Akzeptanz der verschiedenen Zielgruppen, sprich der Bürger und der Inverkehrbringer von Verpackungen. Zudem werden die zweifelhaften Erfolge der Wettbewerbsöffnung bei den dualen Systembetreibern dargelegt und der ruinöse Wettbewerb unter den Systembetreibern kritisiert, der nach Auffassung von Professor Baum keine Anreize für eine Erhöhung der Recyclingquote setzt.

Kostenfaktor

Die erzeugten Sortierfraktionen führen Baum zufolge summarisch betrachtet nicht zu Netto-Erlösen, sondern stellen neben Erfassung und Sortierung ebenfalls einen Kostenfaktor dar. Von einer selbsttragenden Recyclingwirtschaft sei man unter den gegebenen Rahmenbedingungen deutlich entfernt. Das deutsche Verpackungsregime sei weniger auf die Erzeugung von Wertstofffraktionen gerichtet; die Entsorgung der Sortierreste gehe zu Lasten des Sortierunternehmens. Es werde kein Anreiz zur Generierung hochwertiger Wertstofffraktionen gesetzt. Damit sanktioniere das System schlechte Sortierleistung nicht – im Gegenteil.

Maximaler Verbrauch

Durch die Verpackungsverordnung sollte die Menge an Verpackungen gesenkt, zumindest aber ihr Verbrauch von der Wirtschaftsleistung abgekoppelt werden. Das Ziel wurde laut Studie verfehlt. Deutschland hat aktuell mit den höchsten Pro Kopf-Verbrauch aller EU-Staaten.

Entgegen den Anfängen der Verpackungsverordnung haben mittlerweile wettbewerbliche

Strukturen auf Entsorger- und Systembetreiberebene Einzug gehalten. Baum: „Der Wettbewerb zwischen den Entsorgungsunternehmen ist auf allen Wertschöpfungsstufen gelebter Alltag, wengleich sich durchaus Überlegungen anstellen lassen, die Funktionen der Bürger, der Kommunen sowie der Erfassung/Sammlung zu bündeln, um auf diese Weise dem drängenden Problem der Fehlwurfquote respektive der Fehlmengenteile abhelfen zu können.“

Hemmender Wettbewerb

Hingegen erweise sich der Wettbewerb auf Systembetreiberebene als Hemmnis bei der Erreichung stofflicher Verwertungsziele. Es bestehe kein Anreiz, konsequent auf den stofflichen Wiedereinsatz der eingesammelten Mengen zu setzen. Insofern werde faktisch die Verwertung von der Verbrennung dominiert. Selbst der Verwertungsgrad sei nicht hochqualitativ angelegt. Vielfach würden für die generierten Wertstofffraktionen Zahlungen begehrt. Der Markt signalisiere damit, diese Stoffe eigentlich nicht zu wollen. Zudem seien die am Ende des Verwertungsweges erzeugten Produkte nicht selten inferior. Die hohe Exportquote aufbereiteter Altkunststoffe runde das Bild ab.

System reformieren

Nach dem Gutachten sollte die geplante Einführung des Wertstoffgesetzes dazu genutzt werden, das System der Verpackungsentsorgung grundlegend zu reformieren und die Steuerungsverantwortung wieder auf die Kommunen zurück zu übertragen. Insofern wird kritisiert, dass sich die Schaffung eines Parallelsystems zur kommunalen Hausmüllentsorgung nicht be-

währt habe. Dies gelte umso mehr, weil es sowohl in der Sammlung als auch in der Sortierung und Verwertung massive Qualitäts- und Mengenverluste gibt. So liegt die tatsächliche Wiedereinsatzquote an hochwertigen Kunststoffmaterialien nur bei rund 20 Prozent der Erfassungsmenge. Auch eine Steuerungswirkung auf Produktion und Einsatz von Verpackungen – das eigentliche Ziel der Verpackungsverordnung – sei nicht erkennbar. So sei nachgewiesen, dass die Kunststoffverpackungen in den vergangenen Jahren um 25 Prozent zugenommen haben.

Hinzu komme, dass laut einer Studie des Umweltbundesamtes nur 44 Prozent der sich in Umlauf befindlichen Verpackungen lizenziert sind. Damit werde aber das zentrale Prinzip der Verpackungsverordnung, wonach die Inverkehrbringer der Verpackungen diese auch lizenzieren müssen, unterlaufen.

17. Internationaler Altkunststofftag des bvse:

Kunststoffe und Umwelt in Einklang

Das zentrale Branchentreffen des Kunststoffrecyclings findet am 3. und 4. Juni 2014 unter dem Motto „Kunststoffe und Umwelt“ in Bad Neuenahr statt. In diesem Jahr ist Österreich das Partnerland der bvse-Tagung.

Den Auftakt der Veranstaltung am 3. Juni bilden die drei Workshops „Kunststoffrecycling im Österreich“, „Wege zur Qualität“ sowie der Workshop „Zukünftige Rücknahme und Verwertung von Verpackungen“, der in Kooperation mit der BKV – Plattform für Kunststoffe und Verwertung organisiert wird. Eine Vielzahl renommierter Experten aus Recyclingunternehmen, Anlagenbau, Forschung, Politik und Verbänden angrenzender Branchen werden dabei ihre Erfahrungen austauschen und darüber diskutieren, welche Voraussetzungen für erfolgreiches Kunststoffrecycling in Zukunft erfüllt sein müssen.

Bei der Tagung am 4. Juni steht zunächst die Neuordnung des Kunststoffrecyclings in Deutschland im Mittelpunkt, zu der Dr. Dirk Textor (bvse-Vorsitzender Fachverband Kunststoffrecycling) seine Einschätzung abgibt. Damit

„Das System Grüner Punkt hat nicht gehalten, was es versprochen hat“, stellte VKU-Vizepräsident Patrick Hasenkamp fest. „Nach über 20 Jahren Verpackungsverordnung darf man annehmen, dass wir es nicht mehr mit Kinderkrankheiten zu tun haben. Die geplante Einführung des Wertstoffgesetzes sollte genutzt werden, das System der Verpackungsentsorgung grundlegend zu reformieren und die Entsorgungsverantwortung wieder auf die Kommunen zurück zu übertragen. Die Schaffung eines Parallelsystems zur kommunalen Hausmüllentsorgung hat sich nicht bewährt und entspricht auch nicht den Vorstellungen und den Wünschen der Bürger.“

Höchste Zeit für Anreize

„Auch aus ökologischer Sicht gibt es kein überzeugendes Argument, das System in der jetzigen Form beizubehalten“, ergänzte VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck. Es sei höchste Zeit, die gesetzliche Grundlage so zu verändern, dass tatsächlich Anreize für mehr Recycling und den sparsameren Einsatz von Verpackungen gesetzt werden. **DK**

eng verbunden ist auch die Frage nach Qualitätsanforderungen. Über die chinesische Importpolitik informiert deshalb Peng Yu (China Entry-Exit Inspection and Quarantine Association).

Nicole Seidl (BASF SE) zeigt aus Sicht ihres Unternehmens das Potenzial von Kunststoffen als innovative Materialien über ihren Lebenszyklus auf. Hier gibt es viele nachhaltige Möglichkeiten der Nutzung der Ressource Kunststoff. Dennoch sind Kunststoffe oftmals auch Gegenstand einer kontroversen Diskussion. „Kunststoffe – Fluch oder Segen“ ist deshalb das Thema von Dr. Olaf Wirth (Ökopoll Institut für Ökologie und Politik).

Unter Leitung der Journalistin Elena Rüh und DDR. Thomas Probst (bvse-Referent für Kunststoffrecycling) findet im Anschluss eine Podiumsdiskussion über Kunststoffe und Umwelt statt. **□**

Kasseler Abfall- und Bioenergieforum:

Kreislaufwirtschaftsgesetz im Mittelpunkt

Mit über 1.000 Teilnehmern lockte das 26. Kasseler Abfall- und Bioenergieforum, europaweit eine der größten Veranstaltungen dieser Art, erneut ein breites Fachpublikum aus ganz Deutschland an, angefangen von Unternehmen der Abfall- und Wasserwirtschaft, Abwasserzweckverbänden, Müllrecycling- und Kompostbetrieben bis hin zur Biogasbranche. Zentrales Thema waren Konsequenzen und Erfahrungen mit der Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes.

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Klaus Wiemer und Dr. Michael Kern boten hochrangige Wissenschaftler und Vertreter aus Politik und Wirtschaft dem Publikum einen umfassenden und interessanten Einblick in komplexe Fragestellungen. Veranstaltet wurde das Forum vom Witzhausen-Institut für Abfall, Umwelt und Energie.

Diverse Fachforen boten die Möglichkeit, einen detaillierten Einblick in die jeweiligen Themenfelder wie Bioenergie und Bioabfallbehandlung, E-Schrott und Wertstoffe sowie Stoffstrommanagement zu erhalten, sich aber auch rege in vielfältige Diskussionsmöglichkeiten einzubringen. Einen Schwerpunkt stellte die zum 1. Januar 2015 vorgeschriebene getrennte Erfassung von Bioabfällen und Wertstoffen dar.

Mit der 6. Novelle der Verpackungsverordnung ist viel Bewegung im Entsorgungsmarkt für Verpackungsabfälle. Aktuell zum Thema wurden unterschiedliche Erfassungs- und Verwertungssysteme vorgestellt. Zudem wurden Konsequenzen der erweiterten Wertstofffassung für die MBA, MVA und EBS-Wirtschaft kritisch betrachtet. Darüber hinaus stellte das Forum aktuelle Tendenzen im Bereich der Elektroaltgeräteerfassung und -verwertung dar und präsentierte neue innovative Konzepte der kommunalen Kreislaufwirtschaft.

Effizientes Instrument

Wie es um die Kreislaufwirtschaft in der neuen Legislaturperiode bestellt ist, erläuterte Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Er verwies darauf, dass die Kreislaufwirtschaft zu einem effizienten Instrument einer nachhaltigen Stoffstromwirtschaft entwickelt werde. Geschäftsfelder würden rechtliche Grundlagen zur Einführung der gemeinsamen haushaltsnahen Wertstofffassung für Verpackungen und andere Wertstoffe.

Anspruchsvolle Recyclingquoten, Wettbewerb und Produktverantwortung würden als Eckpunkte einer modernen Kreislaufwirtschaft gefestigt, so Pronold. Die Europäische Elektroaltgeräterichtlinie werde zügig in nationales Recht umgesetzt, Sammelmengen von Elektro- und Elektronikschrott erhöht, Rücknahmesysteme für wieder verwendbare Produkte ausgebaut und die Rückgabe von Gebrauchsgütern erleichtert.

Beim Recycling von Produkten der Informations- und Kommunikationstechnik seien Datensicherheit und -schutz zu gewährleisten. Um die illegale Ausfuhr von Elektroschrott einzudämmen, erfolge eine Beweislastumkehr. Künftig müsse der Exporteur nachweisen, dass es sich nicht um Abfälle handelt.

Für die kommunale Entsorgungswirtschaft wies Patrick Hasenkamp, Vizepräsident des VKU und Vorsitzender des Leitenschusses Abfallwirtschaft und Stadtreinigung VKU, Berlin, darauf hin, dass die kommunale Abfallwirtschaft das Thema Abfallvermeidung sehr ernst nehme. Die vom Europäischen Parlament geforderten Informations- und Sensibilisierungskampagnen seien seit Jahrzehnten ein Schwer-

punkt der Tätigkeiten kommunaler Abfallentsorger, so Hasenkamp. Darüber hinaus übernahmen Kommunen und ihre Unternehmen in zahllosen Projekten Verantwortung dafür, die Vermeidung der Entstehung von Abfällen voranzutreiben. Auf Grund ihrer Nähe zu den Bürgern hätten kommunale Unternehmen hier eine besondere Rolle inne.

Der VKU ermuntere die Europäische Kommission, weitere mutige Schritte in Richtung Verwertung und Vermeidung von Abfällen zu gehen, machte Hasenkamp deutlich. Das in Europa bereits bestehende Deponierungsverbot unvorbehandelter, recyclingfähiger und energetisch verwertbarer Abfälle sollte konsequent umgesetzt werden. Zudem biete die Ökodesign-Richtlinie großes Potenzial, Produkte von vornherein auf eine Art und Weise zu entwickeln, dass Ressourcen geschont und die eingesetzten Ressourcen leicht wiederverwertbar werden. Dieses Potenzial sollte nicht ungenutzt bleiben. Sollte der Gebrauch von Kunststoffteilen nicht verhindert werden können, komme dem Design eine besondere Bedeutung zu. Wiederverwendung von Kunststoffabfällen könne nur durch Maßnahmen signifikant gefördert werden, die im Vorfeld der Entsorgungsphase ansetzen, insbesondere bei der Gestaltung der Produkte, betonte der VKU-Vizepräsident.

Neben Referenten aus Deutschland, die über ihre Erfahrung der Bioabfallsammlung berichteten, trug auch ein Vertreter der Mailänder Gesellschaft für Umweltservice (AMSA), die die Abfallsammlung und Verwertung in der Stadt organisiert, deren Erfahrungen mit der Einführung von kompostierbaren Bioabfallsäcken vor.

NATURABIOMAT® als einer der Pioniere auf diesem Sektor, der bereits in den 1990er Jahren österreichische Kommunen mit Bioabfallsäcken aus Biokunststoff ausstattete, war mit einem Stand auf dem Herstellerforum vertreten und präsentierte dort seine neuesten Produkte. Die Umwelt- und Energieexperten des TÜV Thüringen wiederum hatten ihr Leistungsspektrum für die Abfall- und Ressourcenwirtschaft im Gepäck. Darunter auch neueste Lösungen für Biogas- und Klärgasanlagenbetreiber. Insgesamt verzeichnete die Fachausstellung fast 70 Hersteller, Dienstleistungsunternehmen und wissenschaftliche Einrichtungen. **DK**

Klarstellung der Stadtwerke Augsburg

Bezugnehmend auf die Verhandlung gegen ein Recycling-Unternehmen vor dem Landgericht München haben die Stadtwerke Augsburg folgende Klarstellung veröffentlicht: „Die Stadtwerke Augsburg waren und sind nicht Auftraggeber des Recycling-Unternehmens und unterhalten auch keine Geschäftsbeziehungen zu dem Unternehmen, sind also auch kein Kunde der Firma. Vielmehr hatte ein von den Stadtwerken Augsburg beauftragtes Bauunternehmen im Zuge einer Straßenbahnbaumaßnahme das Recycling-Unternehmen mit der Entsorgung von Erdaushub aus dem Straßenraum beauftragt.“ **□**





Napa Valley, Kalifornien?

Juliusspital, Würzburg!

*** Neu gesehen:**
Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

BayernTour Natur 2014:

Natur erleben und verstehen

Mit über 6.500 Veranstaltungsterminen die größte Umweltbildungsaktion Deutschlands, lädt die BayernTour Natur 2014 von Anfang Mai bis Ende Oktober zu einem besseren Kennenlernen der Natur ein. Seit 2001 wird die BayernTour Natur jedes Jahr vom Bayerischen Umweltministerium unter Beteiligung von Vereinen, Verbänden, Umweltbildungseinrichtungen, Kommunen und Einzelpersonen organisiert. Heuer beteiligen sich rund 900 Veranstalter am Programm. Wichtigster Unterstützer der Gemeinschaftsaktion sind die bayerischen Sparkassen.

Beim offiziellen Startschuss der BayernTour Natur im Umweltzentrum Schloss Wiesenfelden (Landkreis Straubing-Bogen), das für seinen ganzheitlichen Ansatz bereits mehrfach ausgezeichnet wurde, erklärte Bayerns Umweltminister Dr. Marcel Huber: „Bayern ist besonders artenreich und unsere Landschaften sind einzigartig. Dank des großartigen Einsatzes hunderter, oft ehrenamtlicher Naturführer, lassen sich Bayerns Naturschätze bei der BayernTour Natur hautnah erleben.“ Dabei verbinde die BayernTour Natur-Erlebnisse im Grünen mit Umweltwissen, Spaß, Abenteuer und Bewegung. Huber zufolge ist die BayernTour Natur ein Urgestein der Umweltbildung und öffnet den Menschen die Augen für die Schönheit der Natur und ihre Schutzbedürftigkeit. Alle seien eingeladen, an diesem Erlebnis teilzunehmen. Im vergangenen Jahr nahmen rund 80.000 Besucher an den geführten Naturbegegnungen teil.

Wanderausstellung

Wie schön Umweltbildung sein kann, zeigt die Wanderausstellung „Natur im Fokus on tour“, die ebenfalls auf Schloss Wiesenfelden eröffnet wurde. Die 26 ausgestellten Fotos wurden 2013 im Rahmen des Wettbewerbs „Natur im Fokus“ ausgezeichnet. Sie stammen von Kindern und Jugendlichen, die vor der eigenen Haustür mit ihren Kameras unterwegs waren.

Huber zufolge haben die Kinder bei ihrer Fotosafari in der Natur kleine Wunder entdeckt. Jedes Foto erzählt eine Geschichte. Jede Aufnahme ist ein Naturerlebnis. Die Wanderausstellung tourt in diesem Jahr zum 3. Mal durch verschiedene Regierungsbezirke und wird in fünf staatlich anerkannten Umweltstationen zu sehen sein: Umweltzentrum Schloss Wiesenfelden (Landkreis Straubing-Bogen), Umweltstation Königsdorf (Bad Tölz-Wolfratshausen), Umweltstation Unterallgäu Legau (Unterallgäu), Umweltstation Natur- und Umweltgarten Reichelshof (Schweinfurt) und Umweltstation Kloster Ensdorf (Amberg-Weilheim).

Über 1.000 Veranstaltungen in Oberbayern

Ob zu Fuß, mit dem Fahrrad, Pferd oder Boot, ob eher erlebnisorientiert, sportlich, kreativ, genusslich oder naturwissenschaftlich – die BayernTour Natur hält für jede Altersgruppe, Vorliebe und körperliche Fitness etwas Passendes bereit. Weit über 1.000 Veranstaltungen bietet die diesjährige BayernTour Natur allein für Naturliebhaber in Oberbayern. Unter dem Motto der oberbayerischen Auftaktveranstaltung „Von der Helm-Azurjungfer zum Schneider – geheimnisvolles Leben im Dachauer Moos“ informierten die Re-

gierung von Oberbayern, die Naturschutzbehörden und die interkommunale Trägergemeinschaft „Biodiversitätsprojekt Dachauer Moos“ über das Dachauer Moos und seine einzigartige Tier- und Pflanzenwelt am Rande der Großstadt.

„Mit unserem Besuch im Dachauer Moos im Rahmen von ‚BayernTour Natur für Oberbayern‘ gehen wir auf Entdeckungstour zu den letzten und daher besonders schützenswerten Naturschätzen vor den Toren der Großstadt München. Wer hätte etwa gedacht, dass Arten wie die Helm-Azurjungfer, das Gefährte Laichkraut oder die Kleine Wiesenraute hier noch ihre deutschlandweit bedeutendsten Vorkommen besitzen“, hatte Regierungspräsident Christoph Hillenbrand im Vorfeld der Wanderung betont.

Dachauer Moos

Bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts war das Dachauer Moos eine ursprünglich ungenutzte Niedermoorlandschaft, die vom Wasser geprägt war. Durch Entwässerung und Torfabbau wurde es in eine intensiv landwirtschaftlich genutzte Kulturlandschaft mit begrädeten Bächen verwandelt. Gleichzeitig sorgten Siedlungs- und Straßenausbau für weitere Flächenverluste. Das ursprüngliche Moor ist heute zerstört. Umso mehr verwundert es, dass man in den Gräben des Dachauer Moooses noch eine Reihe hochgradig gefährdeter Tier- und Pflanzenarten findet, für deren Erhalt Bayern eine besondere Verantwortung trägt.

Ehrenamtliches Engagement

Ohne das Engagement ehrenamtlich tätiger Bürger und Verbände wäre das Dachauer Moos heute um vieles ärmer. Ihrem über Jahre unermüdeten Einsatz sowie der Unterstützung von Fachbehörden und Kommunen ist es zu verdanken, dass viele Lebensräume gefährdeter Tier- und Pflanzenarten erhalten geblieben oder neu geschaffen wurden. Das interkommunale Biodiversitätsprojekt „Neues Leben im Dachauer Moos – ein Projekt zur Förderung der Artenvielfalt“ wurde mit Hilfe der Regierung von Oberbayern ins Leben gerufen und soll die Artenvielfalt im Dachauer Moos auch für die Zukunft sicherstellen.

Unter Federführung des Vereins Dachauer Moos haben sich mit der Landeshauptstadt München, der Stadt Dachau, der Gemeinde Karlsfeld, dem Landschaftspflegeverband und dem Bund Naturschutz Dachau sechs Träger zusammen geschlossen, um so ehrgeizige Ziele wie Bachrenaturierungen, Entwicklung artenreicher Wiesen und Wiederherstellung eines standorttypischen Wasserhaushalts für das Dachauer Moos auf den Weg zu bringen. Auch der Ruf des

einst so weit verbreiteten Kiebitzes, der aus der intensiv genutzten Landschaft fast vollständig verschwunden ist, soll künftig im Dachauer Moos wieder für jedermann zu hören sein. Die Projektkosten sind auf knapp eine halbe Million Euro veranschlagt. Erst kürzlich hat Minister Huber offiziell einen Förderbescheid an die Trägergemeinschaft des Biodiversitätsprojekts überreicht, der mehr als die Hälfte der Projektkosten abdeckt.

Auch die Regierung von Unterfranken beteiligte sich mit einer eigenen Veranstaltung an der BayernTour Natur. Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofen nahm die Eröffnung mit einer Entdeckungstour im LIFE-Projektgebiet „MainMuschelkalk“ vor. Nach dem Start des neuen LIFE+ Naturprojekts „Weinberge und Streuobst auf Muschelkalk (MainMuschelkalk)“ im vergangenen Jahr waren die Besucher eingeladen, die ersten Naturschutzmaßnahmen, die im Rahmen dieses europäischen Projekts durchgeführt wurden, zu entdecken.

LIFE-Projektgebiet

Von der Ruine Trimbung hatten die Tourteilnehmer einen guten Blick auf einen Teil des LIFE-Projektgebiets. Auf drei Rundtouren erfuhren die Besucher, warum die EU dieses Gebiet als LIFE-Gebiet ausgewählt hat, welche Naturschätze darin vorkommen und wie diese langfristig erhalten werden sollen. Außerdem wurde gezeigt, wie die Bevölkerung der drei LIFE-Landkreise in das Projekt eingebunden und welche Angebote es für Einheimische und Touristen geben wird.

Die Höhere Naturschutzbehörde der Regierung von Mittelfranken lädt wiederum in den

Auszeichnung für Unterfranken:

Weinbergsboden bei Castell ist „Boden des Jahres“

Bayerns Boden des Jahres 2014 ist der gipsreiche Weinbergsboden im unterfränkischen Castell. Dies gab Richard Fackler, Vizepräsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt anlässlich der Prämierung in Castell (Landkreis Kitzingen) bekannt. Facklers Begründung für die Wahl: „Die Böden bei Castell entstanden aus Gesteinen des sogenannten Gipskeuper, die vor rund 220 Millionen Jahren durch Eindampfung von Meereswasser ausgefällt wurden. Der ungewöhnlich mineralreiche Boden ist deshalb durchsetzt mit Gips und Alabaster. Solch ein besonderer Boden bringt einen charakteristischen Wein hervor.“

Ein weiterer Grund für die Auszeichnung sei, so Fackler, dass vor Ort viel ehrenamtliches Engagement in den Bodenschutz gesteckt wird. „In Castell können sich Groß und Klein entlang eines Wanderwegs über den Boden informieren. Gruben und Aufgrabungen machen die normalerweise unsichtbaren, tiefer liegenden Bodenschichten unter unseren Füßen erleb- und begreifbar; Informationstafeln geben Auskunft zu Entstehung und Besonderheiten.“ Die Bodenstation Castell wurde in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Winzer errichtet.

Besonderheit

Eine weitere Besonderheit der Castellener Böden, auf denen seit Jahrhunderten Weinstöcke gedei-

hen, ist deren tiefgründige Durchmischung. Die Böden wurden von den Winzern oftmals bis zu einem Meter Tiefe umgegraben – das sogenannte „Rigolen“. Ziel des Rigolens ist, den jungen Rebstöcken eine verbesserte Wasser- und Nährstoffversorgung zu bieten, grobe Gesteinsbrocken zu entfernen und gegebenenfalls vorhandene Verdichtungen zu lockern. Zudem beherbergen diese gipsreichen Böden oft seltene Pflanzen wie die gelbe Weinbergstulpe, die im Frühjahr üppig in den Weinbergen blühen.

Der Boden des Jahres ist eine gemeinsame Aktion der Deutschen Bodenkundlichen Gesellschaft und des Bundesverbandes Boden. Er wird seit 2005 jährlich ausgewählt. 2014 fiel die Wahl auf den Weinbergsboden.

Seltene Lebensräume

Den Abschluss der Regierungstouren bildet am 5. Juli in Hechlingen am Hahnenkamm (Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen), eine leichte Wanderung zu seltenen und gefährdeten Lebensräumen für Tiere und Pflanzen sowie zu besonderen kultur- und naturhistorischen Landschaftsteilen wie Hohlweg, Steinerne Rinne, Bierkeller oder Kapelle. Unter dem Motto: „Mit der Naturschutzbehörde unterwegs - was leistet sie konkret für Mensch und Natur vor Ort“ werden Klaus Gabriel und seine Kollegen von der Unteren Naturschutzbehörde auch die Arbeit der Verwaltung näher vorstellen.

Das Veranstaltungsprogramm ist für jeden Regierungsbezirk jeweils in einem bunten Magazin mit vielen Zusatzinformationen zusammengefasst; es liegt in Rathäusern, Behörden, Sparkassen, Fremdenverkehrsämtern sowie in den Umweltstationen, Naturparks und Nationalparks aus. Das Veranstaltungsprogramm ist aktuell unter www.tournatur.bayern.de abrufbar. **DK**

Dynaset im Vormarsch!

Mit den hochinnovativen Produkten erzielte die PTV GmbH Pumpentechnik im Jahre 2013 ein äußerst erfreuliches Ergebnis mit zweistelligen Zuwachsraten. Die Produktvielfalt im Bereich hydraulischer Geräte und entsprechendem Zubehör konnte neben der Serviceleistung überzeugen. Die Zusammenarbeit von PTV und Dynaset führte immer wieder zu erfolgreichen Problemlösungen.

Herausragend waren hierbei insbesondere die leistungsfähigen Generatoren, die sich durch ihre Kompaktheit und ihr vergleichsweise geringes Gewicht auszeichnen. Vom Feuerwehreinsatz über Baufahrzeuge bis hin zur Schifffahrt bieten sie kostengünstig Strom von 3,5 bis 70 kVA.

Ebenso überzeugend war auch das Spektrum der hydraulischen Kompressoren, die durch ihre Direktmontage, z. B. an Baumaschinen mit Leistungswerten von 400 bis 7.500 l/min Druckluft und 8 bis 13 bar nahezu alle Aufgaben erfüllen können. Auch im Einsatz in der Industriefertigung haben sie sich bewährt.

Mit einer breiten Typenvielfalt von Hydraulik-Hochleistungspumpen bietet die PTV GmbH auch hier überdurchschnittliche Leistungen für jeden Einsatzbereich von 90 bis 1.600 bar Druck bis zu einer Fördermenge spezieller Tauchpumpen von bis zu 20.000 l/min. Diese neuen Pumpenkonstruktionen eignen sich besonders für die Baustellenentwässerung und Löschwassergewinnung.

Hydraulische Schweißgeräte, Magnetgeneratoren und Spezialgeräte wie die Rettungseinheit, die Hochdruck-Brandschutzpumpe, Felsdübelverdichter und Bohrflüssigkeitspumpen decken ebenfalls breite Einsatzgebiete ab.

Auch im Jahr 2014 wird die PTV GmbH und Dynaset weitere interessante und innovative hydraulische Maschinen anbieten können. Aufschlussreiche Informationen unter www.ptv-dynaset.com **□**

Umweltminister Dr. Marcel Huber:

Klimaschutzpaten bringen Klimaschutz zu den Bürgern

Die Bayerische Staatsregierung setzt beim Erreichen ihrer ehrgeizigen Klimaziele auch auf das ehrenamtliche Engagement der Menschen vor Ort. Dies betonte der Bayerische Umweltminister Dr. Marcel Huber bei der Urkundenübergabe an 17 neue Klimaschutzpaten in der Gemeinde Barbing.

„Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir wollen zeigen, was jeder Einzelne in seinem Lebensbereich konkret für den Klimaschutz tun kann. Ehrenamtliche Klimaschutzpaten leisten dazu einen wichtigen Beitrag. Mit ihrer Kenntnis über die Gegebenheiten vor Ort stehen sie der Bevölkerung leicht erreichbar als erste Ansprechpartner zur Verfügung“, erklärte Huber.

Teil eines Modellprojekts

Die Ausbildung der Klimaschutzpaten ist Teil des in Barbing durchgeführten bayernweiten Modellprojekts „Klimaschutz und Energiewende in den Köpfen - Unterstützung von Bewusstseinsbildung für regenerative Energiethemata in der Gemeinde. Ziel der Ausbildung ist es, in jedem Ortsteil ehrenamtliche Fachleute zu etablieren, die für die Bürger als Anlaufstelle für Energie- und Klimafragen zur Verfügung stehen. Klimaschutzpaten beraten beispielsweise zu Fragen der Energieeinsparung, Sanierung und Neubau von Häusern und zur Nutzung von Geothermie.

Die neuen Klimaschutzpaten

haben an einer umfassenden Fortbildung teilgenommen und eine entsprechende Qualifizierungsphase durchlaufen. „Die große Resonanz in der Gemeinde zeigt die beachtliche Motivation der Bürger, die Herausforderungen beim Klimaschutz zu meistern. Durch das Projekt erhalten die Menschen vor Ort hervorragendes Fachwissen und werden so zu lokalen Experten beim Klimaschutz“, so Huber.

Startschuss im Januar 2013

Den Startschuss für das Modellprojekt gab der bayerische Umweltminister im Januar 2013. Neben der Ausbildung der Klimaschutzpaten wurde mit den Bürgern in Barbing ein Tag des Klimaschutzes veranstaltet. Außerdem haben die Kinder des Obst- und Gartenbauvereins Barbing einen energieautarken Bauernhof geplant und wurden dafür mit dem BMW-Umweltpreis ausgezeichnet. Seit 2011 ist die Gemeinde Barbing Träger des Gütesiegels „Nachhaltige Bürgerkommune“. Das bayerische Umweltministerium fördert das Projekt in Barbing mit mehr als 50.000 Euro. **□**

GAB-Altlastensymposium in Augsburg

Das Jahr 2014 steht für die GAB im Zeichen ihres 25-jährigen Bestehens. In diesem Jubiläumjahr findet am 7. und 8. Juli im Kongresszentrum Augsburg das nunmehr bereits 16. Altlastensymposium der GAB statt.

Das Thema Flächenrecycling mit Praxisbeispielen steht ebenso auf der Agenda wie aktuelle Entwicklungen in rechtlichen und fachlichen Fragen. Außerdem widmet sich das Symposium dem Themenkomplex der natürlichen Schadstoffminderung. Aktuelle Praxisbeispiele aus der Altlastensanierung runden das Vortragsprogramm ab.

Die Gäste haben die Möglichkeit, an einer Exkursion zum ehemaligen Gaswerk in Augsburg/Oberhausen einschließlich dem angegliederten Gaswerksmuseum teilzunehmen. Dort können Führungen zu Historie und Sanierung des Gaswerks besucht werden. Anschließend wird eine Stadtführung durch die Augsburger Altstadt angeboten.

Das Altlastensymposium führt als bewährte Plattform für den interdisziplinären Informations- und Erfahrungsaustausch Entscheidungsträger und Fachleute aus der wirtschaftlichen, kommunalen und regionalen Praxis, Sanierungspflichtige sowie Akteure aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung zusammen. **□**

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS

www.ptv-dynaset.com

GENERATOREN - SCHWEISSGERÄTE - MAGNETGENERATOREN
KOMPRESSOREN - HOCHDRUCK-WASSERPUMPEN

PTV GmbH - DYNASET-Deutschlandvertrieb
Tel. 08192-490 - Fax 08192-575 - greifa@t-online.de



Für eine harmonische und einheitliche Lichtgestaltung im Straßenbetrieb sorgt die Philips Luma Leuchtenfamilie. □

Leuchtenfamilie Luma LED:

Straßenbeleuchtung nach Maß

Mit der Leuchtenfamilie Luma LED bietet Philips die erste intelligente LED-Leuchte an, die sich nach Kundenwunsch programmieren lässt. Selbst gegenüber den sparsamsten konventionellen Lampen sind so noch erhebliche Einsparungen möglich. Vier Baugrößen im einheitlichen Design für verschiedene Lichtpunkthöhen lassen keine Wünsche offen – vom Radweg bis zur Autobahn.

Ganz gleich, wie viel Licht an einer vorgegebenen Stelle benötigt oder gewünscht wird – in der Produktfamilie Luma LED findet sich die passende Lösung: Dank eines intelligenten Treibers lassen sich die Leuchten nach Projektvorgaben individuell programmieren.

Effizienz und Lebensdauer

Der Kunde entscheidet, was für

sein Projekt am wichtigsten ist: maximale Effizienz und Lebensdauer oder eine möglichst geringe Anfangsinvestition. Mit Leuchten aus einer einzigen Produktfamilie lassen sich auf diese Weise Lichtströme zwischen 850 und 49.600 Lumen erzielen. Selbst im Vergleich zu den effizienten Natriumdampfhochdrucklampen sind (je nach Anlage) noch Einsparungen von 40 Prozent und mehr möglich. Im Vergleich zu Queck-

silberdampf sind es häufig deutlich über 70 Prozent.

Vier verschiedene Baugrößen stellen eine harmonische und einheitliche Gestaltung über alle Lichtpunkthöhen sicher. Von der MiniLuma, die für niedrige Lichtpunkthöhen in Wohngebieten konzipiert wurde, bis zur Luma 3 für Hauptverkehrsstraßen und Autobahnen, werden alle Ansprüche an moderne Straßenbeleuchtung abgedeckt. Da sich die Lumenpakete der einzelnen Baugrößen überschneiden, kann die Größe der Leuchte zudem nach individuellem Geschmack an die Lichtpunkthöhe angepasst werden.

Eigene Software für Berechnung

Errechnet wird die jeweils ideale Beleuchtungslösung mit Hilfe eines eigens entwickelten Programms. Dieses ermittelt auf Basis der für ein bestimmtes Projekt erforderlichen bzw. gewünschten Faktoren wie zum Beispiel Lichtstrom, Lichtfarbe und Lebensdauer, welche Lösung in der Anschaffung, im täglichen Gebrauch oder im Verbrauch über die gesamte Lebensdauer am kostengünstigsten ist. Der Kunde kann auslösen, welche Vorteile für ihn überwiegen – geringere Investitionskosten oder langfristige Einsparungen durch niedrigere Nutzungskosten.

Mit ihrem ausgeklügelten Thermomanagement erreicht die Luma eine Lebensdauer von bis zu 100.000 Stunden und ist nahezu wartungsfrei. □

Philips UrbanStyling:

Mit Licht die Stadt gestalten

Zum Wesen von Städten gehört es, dass sie sich kontinuierlich verändern und verwandeln. Anlagen werden saniert, öffentliche Plätze umgewidmet und neue Projekte geplant. Auch der Blick auf den Einsatz von Licht in der Stadt wandelt sich. Wurde es früher eher sachlich und verkehrsorientiert angewendet, geht der Trend seit einiger Zeit zu ganzheitlichen Beleuchtungslösungen, die die Eigenheiten eines Ortes berücksichtigen und aufnehmen. Sie betonen, was schön ist, lenken ab von weniger Schönem und setzen Akzente, die dem Raum Individualität verleihen.

Mit UrbanStyling hat Philips ein Konzept entwickelt, mit dem die Lebensqualität und Attraktivität von Städten erhöht wird. Es markiert gleichzeitig den Start verstärkter Aktivitäten zum Thema „Dekorative Außenbeleuchtung“ mit einem Team von Spezialisten. Dazu hat Philips das Angebot dekorativer Außenleuchten erheblich erweitert.

Das Konzept umfasst eine ganz neue Produktpalette für die Gestaltung urbaner Räume. Sie besteht aus einem „Baukasten“ zueinander passender Leuchten, Masten, Ausleger und Stadtmöbel wie Bänke, Absperren, Fahrradständer, Abfalleimer und Baumschutzgitter. Dabei greifen Licht und Form als Gestaltungselemente harmonisch ineinander und bieten so Lösungen, die mit überzeugendem Design, hoch-

wertigen Materialien und moderner Lichttechnik höchsten Ansprüchen gerecht werden. Die aufeinander abgestimmten Elemente garantieren die einheitliche Wirkung der Ensembles.

Technische Exzellenz

Das Konzept beruht auf der Erkenntnis, dass es für einen harmonischen Gesamteindruck nicht ausreicht, etwa eine attraktive Kirche in der Ortsmitte anzustrahlen. Auch der Kirchplatz, die umliegenden Wege und Gebäude verdienen Aufmerksamkeit, will man aus dem Gesamtensemble eine Umgebung erschaffen, in der sich Menschen wohl fühlen und gerne aufhalten. Von entsprechenden gestalterischen Maßnahmen mit Licht profitieren nicht nur Gäste, sondern in besonde-

rem Maße die Bürger einer Stadt. Die höhere Anziehungskraft und die damit verbundene Identifikation der Einwohner mit ihrem Wohnort werden auch zum Standortvorteil, wenn es darum geht, ein attraktives Umfeld für ansiedlungswillige Wirtschaftsunternehmen zu schaffen. UrbanStyling lädt dazu ein, im Zusammenspiel von Licht, Farbe, Material und Form, Orte mit einzigartiger Stimmung entstehen zu lassen. Jedes Teil des Systems ist dabei technisch für seinen speziellen Einsatzbereich optimiert und bietet technische Exzellenz und umfangreiche Gestaltungsfreiheit.

Der Grundgedanke, mit ganzheitlichen Beleuchtungslösungen die individuelle Schönheit einer Umgebung zu betonen, wird mit einer darauf ausgerichteten Produktpalette nach dem Baukastenprinzip, unter dem Namen UrbanStyling, unterstützt. Ein gutes Beispiel für die gestalterischen Freiheiten, die es Planern an die Hand gibt, ist die Serie Ocean. Mit der Leuchte Ocean Road LED, ihrer großen Auswahl an Auslegern, geraden, geneigten und gebogenen Masten verschiedener Höhen und der Möglichkeit, mehrere Leuchten spiralförmig an einem Mast zu gruppieren, schafft sie in der Straßenbeleuchtung alle Voraussetzungen, Bereiche nach Wunsch hervorzuheben. In Anliegerstraßen, Fußgängerzonen, Parks und auf Spielplätzen bietet sich die Ocean Ambiance LED als reizvolle Alternative an, die man zur Akzentuierung von Wegen und Plätzen durch Ocean LED Pollerleuchten ergänzen kann. Für einheitliche Stadtplanungslösungen stehen außerdem Bänke der Serie Ocean zur Verfügung, deren klare Linienführung sich auf Wunsch durch integrierte LED-Beleuchtung unterstreichen lässt.

Zum großen Angebot dekorativer Beleuchtung gehören auch passende Lösungen für die Dorf- und Ortsbeleuchtung wie zum Beispiel CitySpirit LED und CityCurve² LED oder zur Beleuchtung von Altstadtgebieten mit der LED-

Dynamische, gebäudenaher Fassadenillumination

Die Beleuchtung des Frankfurter Hauptbahnhofs durch iGuzzini

Eine der spektakulärsten Illuminationen auf der LUMINALE 2014 war ohne Zweifel die Beleuchtung der Fassade des Hauptportals am Frankfurter Hauptbahnhof. iGuzzini illuminatione und der Frankfurter Dipl.-Ingenieur und Lichtplaner Christian Uitz, Inhaber von RAUMLABOR Christian Uitz, tauchten die sanierte, historische Fassade in ein dynamisches, vielfarbiges Lichtbild.

„Hauptanliegen des Beleuchtungsprojektes war es, durch eine gezielte und exakte Lichtführung der installierten Leuchten eine möglichst plastische Wiedergabe von Oberflächen und Strukturen mit viel Tiefenwirkung und Kontrast zu erzielen“, so Christian Uitz. „Vor diesem Hintergrund war für uns die Akzentuierung architektonischer Details wie Allee-

gorien, Türmen und Bögen sehr wichtig, denn mit ihnen erst erschließt sich dem Betrachter das Gesamtbild der Fassade.“

Um dieses Gesamtbild zu erzeugen, wurden insgesamt 70 Einzel- und lineare Strahler mit unterschiedlichen Ausstrahlwinkeln und Spot-, Flood- und Wall-

washoptiken eingesetzt. Unterstützt werden sie durch flexible, monochrome LED-Bänder in den Lichtfarben Warmweiß 3000K und Kaltweiß 6000K und durch farbige RGB LED-Lichtbänder. Alle eingesetzten Leuchten und Lichtbänder stammen aus dem Portfolio von iGuzzini.

97 Einzelsteuerungen

Die Beleuchtungsanlage ist mit einer DALI-Steuerung versehen und besteht aus insgesamt 97 Einzeladressen, die auf 24 Steuergruppen aufgeteilt sind. So lässt sich jede einzelne Leuchte exakt ansteuern – monochrome Leuchten lassen sich hinsichtlich ihrer Intensität, RGB-Leuchten hinsichtlich ihrer Farbeigenschaften definieren. Aus den definierten Steuergruppen werden Lichtszenarien programmiert, die während der LUMINALE ein farbiges und dynamisches Lichtbild, nach der LUMINALE ein statisches und monochromes Lichtbild als Dauerinstallation erzeugen.

Hohe Lichtausbeute

Für die Illumination kamen ausschließlich LED-Leuchten mit hoher Lichtausbeute (ca. 60 lm/W) zum Einsatz. Dank derart energieeffizienter Leuchten betrug die installierte Gesamtleistung der dynamischen Illumination während der LUMINALE nur 2,7 kW, ungedimmt. Für das Bild der Dauerinstallation werden gerade einmal 1,6 kW benötigt. Gegenüber der vorherigen Beleuchtung durch Flächenstrahler aus großer Distanz (12 kW) entspricht dies einer Energieersparnis von ca. 80 bis 85 Prozent. □



Der Frankfurter Hauptbahnhof, illuminiert von iGuzzini anlässlich der Luminale 2014. Bild: Christian Uitz für iGuzzini

Leuchte Jargeau 400. Für die Akzentuierung architektonisch herausragender Gebäude stehen LED-Strahler, unter anderem von Philips Colour Kinetics, zur Verfügung.

Alle Produktfamilien im Bereich UrbanStyling haben aber eins gemeinsam: sie sind mit hochwertiger LED-Technik und

intelligenter Steuer- und Regelungstechnik ausgerüstet. Damit bietet Philips individuelle Lösungen, die technisch hochwertig und zuverlässig, aber gleichzeitig auch emotional und ansprechend sind – effiziente Beleuchtung auf dem neusten Stand der Technik, die höchste ästhetische Ansprüche erfüllt. □



Sonne im Tank

Laden Sie Ihr Elektroauto. Einfach und sicher mit Sonnenenergie.



Ist die Solarladung an Ihrer LEW eBox Solar aktiviert, nutzen Sie ausschließlich die Kraft der Sonne zum Tanken Ihres Elektroautos. Die komfortable LEW Eco-Box Solar weiß sogar, wann dies besonders günstig ist. Die Lechwerke bieten intelligente, unkomplizierte und sichere Ladelösungen – für zu Hause, für Ihren firmeneigenen Fuhrpark und im öffentlichen Raum. Informieren Sie sich auf www.lew.de.

LEW
Lechwerke

Osram baut effizienteste LED-Lampe der Welt

Einem Forschungsteam von Osram ist es gelungen, die effizienteste LED-Lampe der Welt zu bauen. Die Lampe in Röhrenform verbraucht halb so viel Strom wie aktuell gebräuchliche Leuchtstoff- und LED-Röhren. Zudem erreicht sie eine deutlich höhere Farbwiedergabe. Entwickelt wurde das Rekord-Leuchtmittel in der zentralen Forschung gemeinsam mit den Geschäftseinheiten für die optischen Halbleiter sowie Lampen.

Die Lampe, die Osram auf der Light+Building 2014 präsentiert, erreicht eine bisher einmalige Effizienz von 215 Lumen pro Watt. Damit erzeugt die Lampe genauso viel Licht (Lumen) bei halb so viel Stromverbrauch (Watt) wie eine aktuell gebräuchliche Leuchtstoff- oder LED-Röhre. Im Unterschied zu bisherigen Forschungsdemonstratoren ist sie mit 1,20 Meter genauso lang wie eine klassische Leuchtstofflampe. Die Spitzen-Effizienz lässt sich sowohl bei warm- als auch bei kaltweißem Licht erzielen.

Technisch basiert der Rekord auf der Kombination von hocheffizienten roten LED-Chips und grün-weißlichen LEDs von Osram, die einen eigens entwickelten, aber fertigungsnahen Leuchtstoff enthalten. □

10. St. Ulrichs-Preis für Netzwerk für Europa

300 christliche Bewegungen in Dillingen ausgezeichnet

Dillingen (jdt). Ein starkes und weltweit Hoffnung machendes Signal ging von Dillingen und der Diözese Augsburg aus von der sehr eindrucksvollen 10. Verleihung des „Europäischen St.-Ulrichs-Preises“ an das Internationale Netzwerk „Miteinander für Europa“. Ausgezeichnet wurde eine aus 300 christlichen Bewegungen bestehende Gemeinschaft.

Höhepunkt des Großereignisses war der ökumenische Gottesdienst in der Basilika St. Peter inmitten des historischen „Schwäbischen Rom“, wie die frühere Residenz der Augsburger Bischöfe genannt wird. Der hohe Rang der „Einheit in versöhnter Vielfalt mit dem unverzichtbaren Pilgerweg des Friedens“ rückte in den Mittelpunkt des Gottesdienstes und des Festaktes im Stadtsaal am Kolpingplatz.

Gegründet wurde die „Europäische St.-Ulrichs-Stiftung“ von Landkreis und Stadt Dillingen, in Erinnerung an die Heiligsprechung des Bistumspatrons St. Ulrich vor über 1000 Jahren (993). Ideengeber für die in der Regel alle zwei Jahre stattfindende Ehrung war der unterdessen gestorbene CSU-Politiker und Dillinger Landrat Anton Dietrich. Erster Preisträger war 1993 der

schlesische Erzbischof von Opateln, Professor Alfons Nossol. Er wurde 1997 auch mit dem „Preis Augsburger Friedensfest“ ausgezeichnet. Dann folgten als Geehrte: der österreichische Vizekanzler Alois Mock (1995), Bundeskanzler Helmut Kohl (1997), Bundespräsident Roman Herzog (1999), Marion Gräfin Dönhoff (2001), Professor Andrea Riccardi von der Gemeinschaft Sankt Egidio (2003), der Erzbischof von Prag Miloslav Kardinal Vlk (2007), die weltberühmte Geigerin Anne-Sophie Mutter (2009) sowie der ehemalige Präsident der Republik Polen und Friedensnobelpreisträger Lech Walesa (2012).

Begrüßung

Die „Einstimmung“ zum Gottesdienst nahmen vom Stiftungsvorstand gemeinsam Landrat Leo Schrell, Oberbürgermeister Frank Kunz und Pfarrer Wolfgang Schneck vor. Das Willkommen galt voran dem Präfekten der Ordenskongregation in Rom, João Kardinal Braz de Aviz, dem Diözesanbischof Konrad Zdarse (Vorsitzender des Kuratoriums der Europäischen St.-Ulrichs-Stiftung), Regionalbischof Michael Grabow (Oberkirchenrat des evangelisch-lutherischen Kirchenkreises Augsburg und Schwaben), der Generaloberin der Dillinger Franziskanerinnen Sr. Roswitha Heinrich und u. a. rund 100 hochrangigen Vertretern der im Netzwerk verbundenen Gemeinschaften.

Christliche Wurzeln

Bischof Zdarse würdigte die große Bedeutung der christlichen Wurzeln Europas, gerade auch im Blick auf den Namenspatron der Stiftung mit den familiären Wurzeln in Wittlingen, Kreis Dillingen. Der erste Heilige der Katholischen Kirche sei der erfolgreiche Retter des christlichen Europa gewesen. Sein Vermächtnis wurde verdienstvoll bewahrt. Frieden in Freiheit mahnte Regionalbischof Grabow an.

Zur Notwendigkeit eines wirklich geeigneten Europa könne es

Landkreis Mühldorf a. Inn:

Fortsetzung der Sprachförderung in Kitas

Die Offensive Frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration ist eine Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), die im März 2011 ins Leben gerufen wurde, um in Kitas alltagsintegrierte sprachliche Bildung für die Jüngsten auszubauen.

Im Landkreis Mühldorf a. Inn haben sich vier Kindergärten entschlossen, die Förderung zu nutzen und eine halbe Personalstelle zur Sprachförderung finanziert zu bekommen. Dies sind der Kindergarten „Maria Schutz“ in Waldkraiburg, der Kindergarten „St. Laurentius“ in Altmühlhof, der städtische Kindergarten in Neumarkt-Sankt Veit und der Kindergarten „Theresia Gerhardinger“ in Mühldorf.

Praxisnahe Fortbildungen von Sprachexperten

Die Kindergartenteams und die Sprachförderkräfte in Kitas werden durch die zahlreichen praxisnahen und praxiswirksamen Fortbildungen von Sprachexperten unterstützt und weitergebildet. Um Sprachliche Bildung und Sprachförderung im Landkreis dauerhaft zu fördern, kommen regelmäßig Vertreter von Kitas, Grundschulen, weiterführenden Schulen,

keine Alternative geben, betonte Landrat Schrell in seiner Rede. Zwei Weltkriege mit entsetzlichen Opferzahlen mahnten. Wörtlich fügte der Vorsitzende der Stiftung hinzu: „Das Internationale Netzwerk Miteinander in Europa hat sich in dieser Hinsicht auf ganz hervorragende Weise profiliert... mit dem Ziel, im Bau von Brücken der Verständigung und des Verstehens über Grenzen hinweg. Es ist weit entfernt von einer Ideologie der Gleichmacherei. Ganz im Gegenteil: „Dieses Internationale Netzwerk fördert einerseits die nationale Identitäten, baut aber zugleich Brücken zur Verwirklichung der politischen Gemeinschaft“.

Bewegung der Hoffnung

Schrell fügte hinzu: „Aus gutem Grund hat der Schatzmeister der St.-Ulrichs-Stiftung Stadtpfarrer Wolfgang Schneck, festgelegt: mit diesem Netzwerk ist eine Bewegung der Hoffnung entstanden, die vom Geist des Evangeliums geprägt ist und Menschen zum Einsatz für unsere Gesellschaft inspirieren“. Verbunden damit seien ökumenische Initiativen.

Die Laudatio auf den Preisträger übermittelte João Kardinal Braz de Aviz in italienischer Sprache, mit Übersetzung durch einen Dolmetscher. Der Präfekt der Ordenskongregation hob hervor, mit dem mit 10.000 Euro dotierten Europäischen St.-Ulrichs-Preis werde eine Gemeinschaft geehrt, die aus der Rückbesinnung auf die geistig-geistlichen Grundlagen des Kontinents Zukunft gestaltet werde. Als Kernaufgaben für Europa bezeichnete der Kardinal u. a. „das Ja zum Leben, ein Ja zu Umwelt und Natur, zu einer gerechten Wirtschaft, das Ja zu Familien, Kindern und Jugendlichen, zu Armen und Ausgesetzten und Frieden und Versöhnung“.

Nach der Übergabe des St.-Ulrichs-Preises 2014 dankte deren Präsident, Gerhard Proß (CVJM Esslingen) für den „bedeutenden Preis“. Wegweisend zitierte Proß große Vorbilder wie Chiara Lubich und Helmut Nicklas, aber auch Romano Guardini, der einst warnte: „Europa braucht eine Seele... Und diese hängt mit ihren Wurzeln und mit dem Glauben zusammen. Wir haben diese Wurzeln abgeschnitten und wundern uns, dass die Früchte verdorren“. Genau diese christlichen Wurzeln aber gelte es zu pflegen und zu fördern, klar, eindeutig und liebevoll. -jdt-

Landkreisübergreifende Personalpolitik ist besiegelt

Die Landkreise Schweinfurt und Haßberge sind jetzt Partner der „Initiative Familienorientierte Personalpolitik“, einer Plattform zur Vernetzung und zum Austausch über Maßnahmen der familienorientierten Personalpolitik. Rudolf Handwerker, der wenige Wochen nach seinem 70. Geburtstag nach 24 Dienstjahren als Landrat in den Ruhestand ging, unterzeichnete zuvor noch die Urkunde, die den Pakt mit dem Nachbarlandkreis besiegelt. Dritter im Bunde ist die Agentur für Arbeit Schweinfurt.

Von Agentur und Landkreis Schweinfurt 2007 gemeinsam ins Leben gerufen, erstreckte sich der Einzugsbereich der Initiative anfänglich auf die Region Schweinfurt. Seit 2011 werden laut Agentur „alle Unternehmen und Institutionen aus der Region Main-Rhön eingeladen und beteiligen sich zahlreich an Veranstaltungen und Arbeitskreisen“. Seit 24. April ist auch der Landkreis Haßberge beteiligt. „Maßstab für den Erfolg beziehungsweise die Sinnhaftigkeit dieses Netzwerkes ist die Zahl der Mitwirkenden“, betonte Thomas Stelzer (Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Schweinfurt). Bei einem Pressegespräch anlässlich der Unterzeichnung durch Handwerker, Stelzer und Landrat Florian Töpfer (Schweinfurt) sagte Arbeitsagenturchef Stelzer: „Wir werden alle damit konfrontiert, Teil irdendwelcher Netzwerke zu sein, aber dieses, um das es heute geht, soll eine Substanz haben“.

Das Netzwerk verbindet Kooperationspartner aus Politik, Wirtschaft, dem sozialen und anderen Bereichen und soll Unternehmen für Familienfreundlichkeit in der Personalpolitik sensibilisieren, um Fachkräfte zu halten und neue zu gewinnen. Stelzer erläuterte die Wirkungsweise der Initiative, die seit gut sechs Jahren

Main-Spessart:

Erster Fair-Trade-Landkreis in Bayern

Der Landkreis Main-Spessart geht beim fairen Handel voran. Als erster Landkreis in ganz Bayern darf er sich jetzt Fair-Trade-Landkreis nennen. Die Auszeichnung wurde Landrat Thomas Schiebel auf der MSP Expo in Lohr übergeben.

Um die Zertifizierung zu erhalten, waren laut Schiebel viel Begeisterung und Engagement nötig. Schließlich bekomme man die Auszeichnung nicht geschenkt. Für die Bewerbung mussten verschiedene Kriterien erfüllt werden. So fasste der Kreistag bereits Anfang 2013 den Beschluss, dass Main-Spessart ein fairer Landkreis werden will. Zudem legte er fest, dass im Landratsamt und während der Sitzungen ausschließlich fair gehandelter Kaffee ausgeschenkt wird.

Darüber hinaus galt es unter anderem, kooperierende Partner zu gewinnen. Mittlerweile sind Schiebel zufolge 21 Wirte, zehn Vereine, sieben Kirchengemeinden, acht Schulen und über 50 Einzelhändler mit ihm Boot. Zudem habe das Engagement für den Fairen Handel ein gutes Fundament mit dem Netzwerk der Weltläden in Gemünden, Karlstadt, Lohr, Marktheidenfeld und Retzbach sowie den Eine-Welt-Initiativen in Rieneck, Roden-Ansbach und Retzstadt.

„Main-Spessart spielt jetzt in der Champions-League“, freute sich Manfred Holz, Sonderbotschafter von Trans Fair Deutschland, der die Urkunde während einer Feierstunde überreichte. Der Landkreis stehe nun in einer Reihe mit Metropolen wie London oder Madrid, die ebenfalls mit dem Gütesiegel ausgestattet sind. Holz verwies auf die Bedeutung des Siegels und die Auswirkungen für die Menschen, die auf der Schattenseite der einen Welt leben. Das Siegel solle nicht als „kleine Gewissensberuhigung“ dienen, sondern zu weiterem Engagement anspornen. DK



Ein großes internationales Echo fand die Verleihung des „Europäischen St.-Ulrichs-Preises“ in Dillingen an das „Netzwerk Miteinander in Europa“. In der ersten Reihe von links: Gerhard Proß vom „Netzwerk“, Landrat Leo Schrell, João Kardinal Braz de Aviz, Diözesanbischof Dr. Konrad Zdarse, Regionalbischof Michael Grabow, Oberbürgermeister Frank Kunz und Franz Jall (Mitglied des Kuratoriums). In der zweiten Reihe (von links als Dritter) der gastgebende Stadtpfarrer Wolfgang Schneck. Bild: -jdt-

Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg:

Mittelstands-Workshop: Erfolgreich ins Ausland

Die Globalisierung bietet mittelständischen Unternehmen erhebliche Chancen, wie die Exportrekorde der bayerischen Wirtschaft zeigen. Wer im Ausland auch vor Ort tätig wird, sollte zuvor aber die Risiken in der Zielregion kennen und abwägen. Unter dem Motto „Erfolgreich im Ausland“ organisierte die Kreissparkasse deshalb kürzlich einen Workshop für Unternehmer aus den Landkreisen München, Starnberg und Ebersberg in ihrer Münchner Hauptstelle.

Susanne Bakenhus, Abteilungsleiterin für Spezialprodukte Firmenkunden, freute sich über den hohen Zuspruch und erklärte: „Als Ihre regionale Sparkasse können und wollen wir Sie gemeinsam mit unseren Partnern über die Landesgrenzen hinaus begleiten – bei der Absicherung und Finanzierung ihrer Geschäfte sowie bei allen weiteren Schritten.“

Den verantwortungsvollen Umgang mit Sicherheitsrisiken im Ausland beleuchtete Dr. Carsten Hesse, der für die Beratungsfirma KDM Sicherheitsconsulting seit vielen Jahren Unternehmen berät. Er verdeutlichte, dass Bedrohungen nicht nur in dauerhaften Krisenregionen ein Thema sind. Sie könnten sich überall schnell und unvorhersehbar entwickeln. Das bewies die Lage in der Ukraine und die Erfahrungen mit dem „Arabischen Frühling“. Doch wie damit umgehen? „Jedes Unternehmen will in Krisensituationen seine Mitarbeiter vor Ort schützen“, so Hesse. „Eine Möglichkeit ist, sofort das Engagement abzubrechen. Dann haben Sie aber Nachsicht im Wettbewerb mit Firmen, die dort bleiben. Sie können sich auch umfassend mit teuren Sicherheitsmaßnahmen absichern. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist allerdings fraglich.“

Die Empfehlung des Experten: „Auch mit kleinem Budget kann man sich für Krisensituationen gut wappnen. Dies erfordert aber eine sorgfältige Vorbereitung. Für jede

Region sind die möglichen Risiken anders gelagert. Analysieren Sie potentielle Gefahren und treffen Sie Vorsorge für die wahrscheinlichsten Szenarien.“ Oft zeige sich: Bedrohungen durch Unwetter, Erdbeben, tropische Krankheiten oder Aufstände ereigneten sich weitaus häufiger als gezielte Angriffe durch Entführungen oder Raubüberfälle. Unerlässlich seien besonders in Regionen mit lokalem Machtvakuum regionale Kontakte und Netzwerke. Mitunter müsse man auch Kontrakte mit lokalen Gruppierungen schließen. „Bei allem gilt: Erscheinen Ihnen das Gesamtrisiko oder die für eine Absicherung nötigen Kompromisse als zu groß, ist es mitunter ratsam, ein Engagement gar nicht zu tätigen“, so der Rat des Sicherheitsfachmanns.

Welche gesamtwirtschaftlichen Perspektiven derzeit international bestehen, analysierte Dr. Jürgen Michels, Chefvolkswirt der BayerL.B. Er bescheinigte tendenziell gute Aussichten: Die aktuellen Wachstumsraten seien positiv und eine Inflationsgefahr im Euroraum bestünde auch in naher Zukunft nicht. Die Geldpolitik der EZB habe hierbei unterstützend gewirkt, jedoch müsse man sich ihrer Nebenwirkungen und weiter anhaltender Risiken gewahr bleiben. Dazu zählten die derzeitigen Rekordniedrigzinsen sowie die hohe Schuldenlast Griechenlands, die weitere Hilfsmaßnahmen wahrscheinlich mache. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Theresa Flotzinger (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 48 vom 01.01.2014

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

VR Bank

Kaufbeuren-Ostallgäu eG

Konto 144 320, BLZ 734 600 46

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Pilotprojekt „Bewegtes Licht“

Intelligente Straßenbeleuchtung in Friedberg
Lechwerke installieren innovatives LED-Leuchtsystem

Die Lechwerke (LEW) rüsten ab heute acht Straßenleuchten in Friedberg mit einem innovativen LED-System aus. Die Leuchten an dem Geh- und Radweg im Ortsteil Haberskirch zwischen Rosenstraße und Weißdornweg gehen schon in wenigen Tagen in Betrieb. Mit dem modernen System können die Straßenleuchten automatisch gesteuert werden. Das Prinzip ist ganz einfach: Die Beleuchtung wird stark gedimmt, solange niemand den Weg benutzt. Erfassen die angebrachten Sensoren jedoch die Bewegung eines Radfahrers oder Fußgängers, wird die Beleuchtung automatisch hochgefahren.

Mit dem Pilotprojekt wollen die Lechwerke und die Stadt Friedberg Erfahrungen mit der neuen Technik



Hand. Zum einen ergibt sich eine Energieersparnis, weil der Weg bedarfsgerecht beleuchtet wird. Zum anderen wird die Umwelt nicht unnötig beeinträchtigt – das Wegestück führt durch ein kleines Wäldchen. Dr. Peter Bergmair, Erster Bürgermeister der Stadt Friedberg, ist überzeugt: „Mit dem intelligenten LED-Leuchtsystem leisten wir einen Beitrag zum Klimaschutz. Wir sparen Energie und die Lichtverschmutzung nimmt deutlich ab. Positiv für die Anwohner ist natürlich auch, dass der Weg jetzt immer bedarfsgerecht ausgeleuchtet wird.“

Die Technik kann individuell programmiert werden und ist daher sehr flexibel einsetzbar: Die Leuchten können je nach verwendetem Modul um bis zu 100 Prozent der Leistung gedimmt werden, wenn die Straße in der Nacht nicht genutzt wird. Sobald sich ein Fußgänger, ein Radfahrer oder auch ein Fahrzeug nähert, erfasst

ihn der Infrarot-Bewegungssensor und fährt die Leuchte zum programmierten Beleuchtungsniveau hoch. Gleichzeitig gibt er ein Signal an die nächste Leuchte weiter, die ebenfalls

hochfährt. Das Licht begleitet den Verkehrsteilnehmer auf seinem Weg. Nach der programmierten Haltezeit fahren die Leuchten in den festgelegten, energiesparenden Dimmzustand zurück.

Die Lechwerke testen die innovative LED-Technik bereits im Rahmen eines zweiten Pilotprojekts. Hier wurden fünf bestehende Leuchten an einem Geh- und Radweg in Königsbrunn umgerüstet und mit dem Clever Light-System ausgestattet.

„Der Einsatz der effizienten LED-Technik in der Straßenbeleuchtung hat sehr hohe Priorität bei vielen Städten und Gemeinden“, berichtet Josef Wagner, Leiter Kommunalmanagement bei LEW. „LEDs brauchen deutlich weniger Energie und erzielen dabei eine sehr gute Ausleuchtung. Außerdem haben sie eine längere Lebensdauer und sind wartungsarm. Nicht zuletzt lassen sie sich gut dimmen und können in intelligente Konzepte eingebunden werden. Aus diesen Gründen ist die LED-Technik so gefragt für den Einsatz in der kommunalen Straßenbeleuchtung.“

Die Lechwerke haben in ihrem Netzgebiet mittlerweile in mehr als 260 Kommunen LED-Straßenleuchten installiert und etwa 7.300 Leuchten in Betrieb genommen. Angesichts des großen Interesses von Städten und Gemeinden haben die Lechwerke im Mai 2011 in Königsbrunn ein LED-Leuchtenkompetenzzentrum eröffnet. Auf dem rund 13.000 Quadratmeter großen Gelände sind rund 40 LED-Leuchten verschiedener Hersteller installiert. Vor Ort können sich kommunale Vertreter über den aktuellen Stand der Technik informieren.

Euregio Bayerischer Wald - Böhmerwald - Unterer Inn:

Vorsitzender Lankl verabschiedet

Mitgliederversammlung in Röhrnbach

Als Impulsgeber der ländlichen Region hat Landwirtschaftsminister Helmut Brunner die Euregio Bayerischer Wald-Böhmerwald-Unterer Inn bezeichnet. Bei ihrer Mitgliederversammlung in Röhrnbach dankte Brunner insbesondere dem Euregio-Vorsitzenden Landrat Ludwig Lankl (Freyung-Grafenau) für dessen engagierten Einsatz für die Drei-Länder-Region. Voraussichtlich im Juli soll die Nachfolge Lankls, der für eine weitere Kandidatur nicht mehr zur Verfügung steht, geregelt werden.

Nach Grußworten von Röhrnbachs Bürgermeister Josef Gutsmiel und der Landtagsabgeordneten Gabriele Lackner-Strauss für Oberösterreich wurden der Rechnungsabschluss 2013 und die Haushaltspläne 2014 für Bayern/Tschechien und Bayern/Oberösterreich genehmigt. Der Geschäftsführer der Euregio, Kaspar Sammer, nannte als diesjährige Arbeitsschwerpunkte das Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren und an den Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren. Jubiläen seien der Fall des Eisernen Vorhanges vor 25 Jahren und vor zehn Jahren der EU-Beitritt Tschechiens.

„Als ehemalige Grenzregion am Eisernen Vorhang sind wir die großen Gewinner der europäischen Einheit“, konstatierte Landwirtschaftsminister Ludwig Brunner. Die lange Zeit des Friedens in Mitteleuropa stelle „ein Privileg unserer Generation“ dar. Sie sei auch das Ergebnis von Engagement, Verantwortung, Weltoffenheit, Idealismus und Bereitschaft zur Völkerverständigung – dafür stehe geradezu beispielhaft die Euregio Bayerischer Wald – Böhmerwald – Unterer Inn.

300 grenzüberschreitende Großprojekttinitiativen und über 1.500 Kleinprojekte wurden in der Euregio Brunner zufolge angestoßen. „Wichtig für das Ge-

men verlässliche Perspektiven für die gesamte Förderperiode geboten werden und die Unterschiede in den Fördergebieten mit anderen Mitteln ausgeglichen werden.“

„Was die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) anbelangt, ist es mein Ziel, auch für die Förderperiode ab 2014 günstige Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsstarke, vielfältige und innovative Landwirtschaft zu sichern, die nachhaltig Lebensmittel erzeugt, Tiere möglichst artgerecht hält, einen aktiven Beitrag zur Energieerzeugung leistet und zu vitalen ländlichen Räumen beiträgt“, betonte Brunner. Derzeit werde mit Hochdruck an der Ausgestaltung des neuen Programms gearbeitet. Ziel sei es, das Programm möglichst noch vor der Sommerpause einzureichen.

Maßnahmenmix

Für die zielgerichtete Förderung des ländlichen Raums, mit der den Menschen eine Bleibeperspektive verschafft werden soll, werden im Zeitraum 2014-2020 einschließlich der Umschichtungen aus der 1. Säule voraussichtlich 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung stehen, hob der Minister hervor. Ganz konkret wolle er das erfolgreiche bayerische Kulturlandschaftsprogramm noch zielgerichteter und moderner gestalten und einen ausgewogenen Maßnahmenmix anbieten, der konventionelle Betriebe und die Ökolandwirtschaft sowie Ziegenhalter, Imker und Jäger berücksichtigt. Die Ausgleichszulage sei dabei ein zentrales Instrument zur Sicherstellung der flächendeckenden Landwirtschaft.

Ganz oben auf Brunners Agen-

den verlässliche Perspektiven für die gesamte Förderperiode geboten werden und die Unterschiede in den Fördergebieten mit anderen Mitteln ausgeglichen werden.“

„Was die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) anbelangt, ist es mein Ziel, auch für die Förderperiode ab 2014 günstige Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsstarke, vielfältige und innovative Landwirtschaft zu sichern, die nachhaltig Lebensmittel erzeugt, Tiere möglichst artgerecht hält, einen aktiven Beitrag zur Energieerzeugung leistet und zu vitalen ländlichen Räumen beiträgt“, betonte Brunner. Derzeit werde mit Hochdruck an der Ausgestaltung des neuen Programms gearbeitet. Ziel sei es, das Programm möglichst noch vor der Sommerpause einzureichen.

Maßnahmenmix

Für die zielgerichtete Förderung des ländlichen Raums, mit der den Menschen eine Bleibeperspektive verschafft werden soll, werden im Zeitraum 2014-2020 einschließlich der Umschichtungen aus der 1. Säule voraussichtlich 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung stehen, hob der Minister hervor. Ganz konkret wolle er das erfolgreiche bayerische Kulturlandschaftsprogramm noch zielgerichteter und moderner gestalten und einen ausgewogenen Maßnahmenmix anbieten, der konventionelle Betriebe und die Ökolandwirtschaft sowie Ziegenhalter, Imker und Jäger berücksichtigt. Die Ausgleichszulage sei dabei ein zentrales Instrument zur Sicherstellung der flächendeckenden Landwirtschaft.

Ganz oben auf Brunners Agen-

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Have you the column in the forlast Gemeindezeitung on side three read? She talks me out of the heart.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hat sich mit dieser Bemerkung à la „englischer“ Filser-Briefmal wieder als treuer und aufmerksamer Leser dieser Zeitung geoutet. Und pfui, da ist er wieder, dieser dumme Hang zu Anglizismen, der sich schleichend in unserer täglichen Kommunikation breit macht.



mus des Jahres 2013, lohnt jeder Kampf, spätestens seit das Verschwinden der Skulptur eines mopsähnlichen Hundes in Stuttgart als „Mopsgate“ bezeichnet wurde.

Nun soll nicht bestritten werden, dass das Englische ebenso wie Lateinisch, Französisch oder Griechisch das Recht hat, an andere Sprachen Lehnwörter zu geben. Auch das Englische hat von uns

nicht nur den „kindergarten“ und die „german angst“ übernommen. Im Großen und Ganzen sind 8.000 Wörter englischer Provenienz (ich könnte auch schreiben Herkunft, aber das klingt nicht so belesen) im Duden, also knappe 3,7 Prozent aller Wörter, eigentlich nicht der Rede wert.

Englisch ist heute die weltumspannende Sprache, die Menschen verbindet. Die nicht-anglophone Welt gibt jedes Jahr 300 Milliarden Euro für das Erlernen des Englischen aus. Trotzdem sollten wir uns den Blick und vor allem das Gefühl dafür bewahren, dass die jeweilige Volkssprache auch ein Stück Gemeinschaft und Gemeinsamkeit stiftet. Im 18. Jahrhundert hat sich der Adel vom Volk abgesetzt, indem er Französisch sprach. Heute scheint es, dass einige den Eindruck erwecken wollen, nur der intensive Gebrauch des Englischen zeige Weltläufigkeit und wir anderen versuchen, mit albernen Anglizismen hinterher zu hecheln. Keine gute Entwicklung.

My boss, the citizen-master, hat viel Liebe zu Fremdsprachen, aber eben auch zu seiner Muttersprache. Europäer von heute, davon ist er zutiefst überzeugt, sollten neben ihrer eigenen Sprache und Englisch zumindest eine weitere Fremdsprache lernen. Denn Menschen und ihre Ansichten kann man nur begreifen, wenn man wenigstens versucht, auch ihre Sprache zu verstehen und bestenfalls zu beherrschen. Leider aber ist überall die Neigung, andere Sprachen außer Englisch zu lernen, wenig entwickelt. So bleibt es bei dem resignierten Satz von Wolfgang Schäuble, den ich dem Chef twitterte: „Schlecht gesprochenes Englisch ist schließlich eine der verbreitetsten Sprachen der Welt.“

Tendenz zu Anglizismen

erträglich schnulzig wie Revolverheld oder sie haben mit Fußball zu tun wie „54, 74, 2010“ von Sportfreunde Stiller. Kein Wunder, dass die meisten deutschen Bands in Englisch performen.

Natürlich hätte ich den letzten Satz auch mit „singen“ oder „auftreten“ beenden können. Aber das wäre ja „uncool“ gewesen – schon wieder. Das Alltagsdeutsch wird zunehmend von englischen Einsprengeln bestimmt. Wir übertragen englische Wendungen wie „at the end of the day“ in sinngerechtes Deutsch, damit „am Ende des Tages“ dann etwas steht. Wir erfinden Wörter, die es im Englischen nicht gibt, aber englisch klingen wie Handy, Oldtimer oder Basecap. Philologen machen es sich zur Aufgabe, das Geschlecht von englischen Lehnwörtern zu bestimmen, wobei das Selfie und der Laptop auch meinem Sprachgefühl entsprechen, das Blog aber die Bayerin in mir beleidigt, die auch der Butter und der Joghurt sagt.

Allerdings formiert sich Widerstand. Wen die großen Aufkleber „sale“ (der Abschluss: Midterm-sale) an den Geschäften nerven, der wird sich gerne 4.000 Leuten anschließen, die eine Petition dagegen eingereicht haben. Auch gegen den Suffix „-gate“, immerhin der Anglizis-

the Sabriul

da für die neue Förderperiode stehen auch weiterhin die Interkommunale Zusammenarbeit, die Sicherung der Daseinsvorsorge trotz demografischer Entwicklung und die Reduzierung des Flächenverbrauchs. Ein neuer Schwerpunkt ist die Modernisierung des ländlichen Wegenetzes. Hierzu hat der Minister eine entsprechende Initiative gestartet.

In diesem Zusammenhang verwies Brunner auf das Leader-Programm, „mit dem wir unsere ländlichen Regionen auf ihrem Weg einer selbstbestimmten Entwicklung unterstützen“. Nach der erfolgreichen Förderperiode (2007-2013) mit rund 100 Mio. Euro (rund ¾ ELER-Mittel, ¼ Landesmittel) und bayernweit fast 1.500 Projekten (Niederbayern rund 15 Mio. Euro und 163 Projekte) wolle man auch in der neuen Förderperiode Leader als effektives Instrument zur Stärkung des ländlichen Raums nutzen und weiter optimieren.

Richtungweisende Arbeit

Franz Meyer, Passauer Landrat und stellvertretender Euregio-Vorsitzender, dankte im Anschluss Ludwig Lankl, der sechs Jahre den Vorsitz bei der Euregio geführt hatte, für seine richtungweisende Arbeit. Besonders hob er dessen stetes Bemühen um ein fruchtbares Miteinander hervor und würdigte Lankls Einsatz als „Impulsgeber“ für die Europaregion Donau-Moldau. Sein Vorstandscollegen, der Chamer Landrat und Bezirksstagspräsident der Oberpfalz, Franz Löffler, verwies darauf, dass es stets das Ziel der Euregio gewesen sei, „unsere Region auf Augenhöhe“ mit den Metropolregionen zu positionieren. Dieses An-

Familien- und Kinderregion Günzburg:

Mit Familienstützpunkten Beratungsangebot verbessern

Der Landkreis Günzburg will mit der verstärkten Ausrichtung auf das Thema „Familienbildung“ künftig noch familienfreundlicher werden. Deshalb wurde aus Vertretern der Kreispolitik und der Landkreisverwaltung eine Steuerungsgruppe eingerichtet. Dies mit dem Ziel, vorhandene Angebote und Einrichtungen für Familien vor Ort zu vernetzen und mit vielen Partnern weiter auszubauen.

Dabei wird der Landkreis Günzburg fachlich vom Felsenweginstitut aus Dresden begleitet. Im Fokus steht der Ansatz der ganzheitlichen Bildung im Sozialraum (GaBi) – Early Excellence. Im Mittelpunkt steht das Kind unter Einbezug der familiären Strukturen und des gesamten Sozialraums.

„Der Ansatz von „GaBi“ passt genau zu unserem Leit-

sinnen habe der scheidende Euregio-Vorsitzende hervorragend umgesetzt.

Zum Thema „Europäische Territoriale Zusammenarbeit/ INTERREG 2014-2020“ referierte schließlich Ministerialrat Matthias Herderich vom bayerischen Wirtschaftsministerium. Was die Neuerungen bei der regionalen Wirtschaftsförderung anbelangt, liegen die Schwerpunkte laut Herderich in den Bereichen Forschung/Technologie/Innovation sowie Umwelt. Während in der Zusammenarbeit mit Österreich das Umweltthema auch mit nachhaltigem Tourismus verbunden sei, soll bei gemeinsamen Umweltprojekten mit Tschechien auch das Thema Verkehrswege erörtert werden. **DK**

bild“, unterstreicht Landrat Hubert Hafner. „Mein Ziel ist es, im Landkreis familienpolitische Themen stärker anzugehen und unter anderem in den nächsten Jahren sechs bis acht Familienzentren im Landkreis einzurichten. Damit wollen wir Kindern und Eltern leicht zugängliche Förderung sowie pädagogische und Beratungsangebote ermöglichen z. B. in Kindertagesstätten, die zu einer Art Schnittstelle in individuellen sozialen Netzwerken werden.“

Tag der Familie

Hafner unterstreicht: „Ganzheitliche Bildung im Sozialraum wird dabei unser Standard sein.“ Die Ankündigung des Landrats steht im Zusammenhang mit dem Internationalen Tag der Familie am 15. Mai. Im September 1993 haben die Vereinten Nationen (UN) den 15. Mai als Tag der Familie proklamiert. Gemeinsam wollen die UN und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Bedeutung der Familie als wichtigste Grundeinheit jeder Gesellschaft herausstellen. Der Freistaat Bayern fördert die Maßnahme. **hj**

Feierliche Verabschiedung von Bürgermeister Gerhard Preß:

„Immenses Lebenswerk“

Festakt mit Kommunalminister Joachim Herrmann

In Rödental ist eine Ära zu Ende gegangen. 30 Jahre lang wirkte Gerhard Preß äußerst erfolgreich als Bürgermeister der im Landkreis Coburg gelegenen Stadt. Mit dem Erreichen der Altersgrenze schied ein Politiker aus dem Amt, der Herausragendes für seine Heimatstadt geleistet hat. Diese Verdienste hat der Stadtrat nunmehr mit dem einstimmigen Beschluss honoriert, dem ehemaligen Rathauschef die Ehrenbürgerwürde zu verleihen.

Bei einem Festakt in Anwesenheit hunderter Gäste nannte Bürgermeisterin Gisela Böhnel in ihrer Laudatio Stationen, die für das „immense Lebenswerk“ von Gerhard Preß stehen: die Sanierung der Domäne, das Hochwasserrückhaltebecken Froschgrundsee, die Erhebung Rödental zur Stadt, die Grenzöffnung und Wiedervereinigung, der Neubau der Grundschule Rödental-Mitte, der Autobahnanschluss und schließlich der Bau der Umgehung im Zuge der B 4.

Hervorragende Kontakte

Landrat Michael Busch hob seinerseits die Verlässlichkeit des Stadtoberhaupts und die gute Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg hervor. Gerhard Preß habe die von seinem Vorgänger Ferdinand Fischer eingeleitete gute Entwicklung Rödental fortgeführt. Busch hat Preß, seine hervorragenden Kontakte in die bayerische Staatsregierung und in zahlreiche Behörden, die Oberfränkens Regierungspräsident Wilhelm Wenning zuvor als nahezu einmalig herausgestellt hatte,

weiterhin für den Landkreis einzusetzen. Als „Botschafter des Coburger Landes in München“ solle Preß auch künftig wirken. Für die über 160 Vereine Rödental würdigte Thomas Gehrlacher das Wirken von Gerhard Preß als Bürgermeister, für die Wirtschaft sprach Frank Wöhner. Die Anliegen der Unternehmen seien für Preß immer Chefsache gewesen, sein Antrieb der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen, stellte Wöhner fest.

Das Amt als Berufung

In seiner Festrede sprach Kommunalminister Joachim Herrmann Gerhard Preß „meinen herzlichsten Dank und meine Anerkennung“ aus. „Sie haben dieses Amt nicht nur als Beruf, sondern als Berufung angesehen. Die Menschen vor Ort haben Ihnen mit Ihrer Wahl zum Ersten Bürgermeister gleich fünfmal in Folge ihr Vertrauen entgegengebracht. Die Stadt Rödental verliert mit Ihnen einen äußerst versierten, erfolgreichen und sympathischen Kommunalpolitiker“, betonte Herrmann.

Als junger Beamter habe Ger-

hard Preß an verschiedenen Landratsämtern sowie an der Regierung von Oberfranken Verwaltungserfahrung gesammelt, ehe er vor über 40 Jahren Kämmerer der Gemeinde Rödental wurde. Bereits in dieser Funktion sei sein starker Wille, die Gemeinde Rödental voranzubringen, sichtbar geworden. Das damals mit Hilfe der Städtebauförderung mit der „Entwicklungsmaßnahme Rödental-Mitte“ entwickelte neue Zentrum könne als Modellfall für eine Entwicklungsmaßnahme im ländlichen Raum angesehen werden.

Pionierrolle

Rödental sei in vielfacher Hinsicht Pionier gewesen, fuhr der Minister fort. Neue Wege zu gehen, erfordere vor allem Entschlusskraft, Mut und Durchsetzungsvermögen. „Sie, lieber Herr Preß, waren stets bereit, mit den Bürgern neue Projekte in Angriff zu nehmen. Mit Ihrer Fachkompetenz und Ihrem Gespür, Chancen zu ergreifen konnten viele Vorhaben vorangebracht werden. So wurden der Stadt Rödental zahlreiche Preise und Auszeichnungen verliehen“, machte Herrmann deutlich.

Der Bayerische Landesverband für Gartenbau und Landschaftspflege e.V. zeichnete Rödental beispielsweise im Jahr 1989 für naturnahes Anlegen von Parkanlagen aus. Im Jahr 2002 wurde der oberfränkischen Stadt vom Bayerischen Wirtschaftsministerium und vom Bayerischen Innenministerium im Rahmen des Bayerischen Qualitätspreises der Preis „wirtschaftsfreundliche Gemeinde“ verliehen. Mit seinem Stadtteil Weißenbrunn vorm Wald kam Rödental im Prämierungswett-

bewerb 2003/2004 bei der Verleihung des Staatspreises „Ländliche Entwicklung in Bayern“ durch das Bayerische Landwirtschaftsministerium zum Zuge. Und im Jahr 2010 wurde der Stadtteil Weißenbrunn vom Wald Bezirksieger Oberfrankens im Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft – Unser Dorf soll schöner werden“. Für sein seniorenpolitisches Gesamtkonzept erhielt Rödental schließlich im Jahr 2008 vom Bayerischen Sozialministerium den Förderpreis „Kommunale Seniorenpolitik“.

Ausweisung von Gewerbegebieten

Da es nicht genügt, sich auf seinen Lorbeeren auszuruhen, um eine Gemeinde zukunftsfähig zu machen, hat Rödental die Initiative für seine künftige Entwicklung ergriffen. So sollte durch die Ausweisung von Gewerbegebieten Wirtschaftsunternehmen die Möglichkeit zur Ansiedlung geboten werden. Um diese Flächen besonders attraktiv zu machen, setzte sich Preß nach Herrmanns Worten beim Bau der A 73 erfolgreich dafür ein, dass diese einen günstigen Verlauf an Rödental vorbei für die wichtige Anbindung der Gemeinde nimmt. Im Jahr 2006 konnte die Anschlussstelle Rödental eröffnet werden. Zusammen mit der seit 2012 vollständig befahrbaren neuen B 4 erhielt die Stadt eine sehr gute Anbindung an das überregionale Straßennetz.

Bildung als Herzensanliegen

Um eine Gemeinde lebendig zu halten und junge Menschen für den Ort zu gewinnen, ist die gemeindliche Bildungsinfrastruktur von großer Bedeutung. Dass das Thema Bildung Bürgermeister Preß stets am Herzen lag, hat er auch außerhalb der eigenen Gemeinde gezeigt: So war der CSU-Politiker als Dozent an der Bayerischen Beamtenfachhochschule (heute: Fachhochschule für öffentliche Ver-



Dank und Anerkennung zollte Kommunalminister Joachim Herrmann (r.) dem scheidenden Rathauschef Gerhard Preß. □

waltung und Rechtspflege in Bayern) und bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. tätig.

Sein Wissen und seine Erfahrungen brachte er auch in weiteren wichtigen Funktionen ein: Seit 1991 war Preß zunächst stellvertretendes Vorstandsmitglied und seit 1994 Vorstandsmitglied im Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV). „Seit 2008 sind Sie nun Verbandsvorsitzender des BKPV. In dieser Funktion waren Sie unter anderem damit befasst, das neue Dienstrecht umzusetzen“, erklärte Herrmann.

Zahlreiche Ehrungen

„Die zahlreichen Ehrungen, die Sie erfahren haben, sind ein besonderer Ausdruck der Anerkennung“, fuhr der Minister fort. Dazu zählten das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (1996), die kommunale Verdienstmedaille in Bronze (2002), die kommunale Verdienstmedaille in Silber (2005) und der Bayerische Verdienstorden (2012).

„Sie haben sich nicht nur den jeweiligen Herausforderungen gestellt, sondern auch in vielfältiger Hinsicht die Initiative ergriffen. Sie haben die positive Entwicklung der Stadt Rödental tatkräftig mitgestaltet und mitgeprägt. Mit Leidenschaft haben Sie sich in den Dienst der

kommunalen Selbstverwaltung gestellt. Für Ihre Verdienste, auf die Sie zufrieden und stolz zurückblicken können, und für Ihr großes, unermüdetes Engagement danke ich Ihnen per-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der geofora - Fachmesse für Bohrtechnik, Brunnenbau und Wassertechnik bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

sönlich und auch im Namen der gesamten Bayerischen Staatsregierung ganz herzlich“, hob Minister Herrmann abschließend hervor.

Wahlspruch

„Suchet der Stadt Bestes“, sei stets sein Wahlspruch gewesen, unterstrich Gerhard Preß in seiner Dankesrede. Heute bleibe ihm nach wirklich interessanten und erfolgreichen gemeinsamen Jahren der große Dank an alle, „die mit Vertrauen und großer Gemeinsamkeit meine und unsere Arbeit mit unterstützt haben“. Es sei ihm eine Freude und Ehre gewesen, „mich für unser Gemeinwesen insgesamt und unsere Stadt im Besonderen einzusetzen“. Jede Begegnung sei positiver Anlass und Bereicherung zugleich gewesen, konstatierte der scheidende Rathauschef. DK

Vorschau auf GZ 11

In unserer Ausgabe Nr. 11, die am 30. Mai 2014 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- Finanzierungsmodelle für öffentliche Aufgaben
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Technische Ausstattung öffentlicher Gebäude

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

15. Mai 2014

2. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Bänke

NUSSER
Bestens ausGESTADTet

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG · 07195/693-111
www.stadtmoebel.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910

PP

Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

26. Juni 2014

7. BAYERISCHES ENERGIEFORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
Bürgerhaus Garching bei München
www.bayerisches-energieforum.de

Gewerbepbau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

Constance von Hassel
Telefon 08171.9307-13
hassel.constance@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

Theresa von Hassel
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Holzpellets

SCHMIDMEIER NaturEnergie
Wir liefern Industriepellets

Tel (0)941 696 69-82 Fax -60
industriepellets@schmidmeier.com

Kommunale Energieberatung

Green City Energy
Der alternative Energiedienstleister

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/890 668-900 • www.greencity-energy.de/keb
peter.keller@greencity-energy.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

November 2014

2. BAYERISCHES BREITBAND FORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim | www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de



BOHRTECHNIK, BRUNNENBAU UND WASSERGEWINNUNG



Auftraggeber

Kongress

Neues Kennenlernen,
Bewährtes vertiefen

Netzwerke pflegen

**Begleitende
Fachausstellung**

Kompetenz und Innovationskraft
präsentieren

Wissen und
Erfahrungen austauschen

Workshops

im engen Kreis Themen erörtern



Ausführende

Kontakte knüpfen

Der Treffpunkt
für Marktpartner



Planer

Enge Verzahnung
aller Formate



Behörden

Besondere Projekte
diskutieren

Kompakt und
kurze Wege

Fachforen

zum offenen Austausch

Praxisorientiert



TIEFER EINSTEIGEN -
ZUSAMMENHÄNGE VERSTEHEN

geofora)

18. - 19.09.2014 in Hof

mit Willkommensabend am
17.09.2014

Antworten auf Ihre Fragen:
www.geofora.de

Wir sehen uns!

